

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Beginn der Sitzung:	20.00 Uhr
Vorsitz:	Stucki René, Präsident
Protokoll:	Müller Daniel, Sekretär
Stimmzähler:	Larcher Adrian Müller Philipp Wiederkehr Irene
Anwesend:	35 Mitglieder
Abwesend:	Wirth Thomas
Behördenvertreter:	Müller Otto, Stadtpräsident Balbiani Jean-Pierre, Vizepräsident Brunner Roger, Stadtrat Felber Johannes, Stadtrat Illi Heinz, Stadtrat Schaeren Rolf, Stadtrat
Weibeldienst:	WM Minder Roger

Vorstellung Gemeinderatsmitglieder

Zu Beginn der Sitzung stellen sich die neu gewählten Gemeinderatsmitglieder Sven Koller Metzler und Catalina Wolf-Miranda kurz vor. Sie werden vom Ratspräsidenten herzlich willkommen ge-heissen, der ihnen viel Erfolg, auch beim Einbringen ihrer Anliegen, wünscht.

Mitteilungen

- a) Josef Wiederkehr hat am 12. April 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Revision des kantonalen Richtplans eingereicht.
- b) Die Kleine Anfrage von Cécile Mounoud betreffend der generellen Regelung zur Plakatierung während der Wahlzeit wurde vom Stadtrat am 2. Mai 2011 beantwortet.
- c) Die Kleine Anfrage von Josef Wiederkehr betreffend der Linienführung Stadtbahn Limmattal wurde vom Stadtrat am 2. Mai 2011 beantwortet.
- d) Ernst Joss hat am 9. Mai 2011 eine Kleine Anfrage betreffend Gestaltungsplan Ziegelägerten, Grünhecke, eingereicht.
- e) Die Kleine Anfrage von Rosmarie Joss betreffend Grundstückgewinne in Dietikon wurde vom Stadtrat am 16. Mai 2011 beantwortet.
- f) Am 18. Juli findet in Rüti das Ratsherren-Schiessen 2011 statt. Anmeldeschluss ist der 31. Mai 2011. Thomas Wirth hat sich bereit erklärt, die Anmeldungen zu koordinieren. Interessierte wenden sich am besten direkt an ihn.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

- g) Um die Adressliste des Gemeinderates aktuell zu halten, wird heute eine Liste in Zirkulation gegeben. Bitte Angabe prüfen und allenfalls ergänzen, nur die Telefonnummern angeben, die an Mitglieder Gemeinderat und Sekretariat gehen sollen.
- h) Die nächste Gemeinderatssitzung mit der Beratung der Jahresrechnung findet am 9. Juni 2011 statt.

Traktandenliste

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

Protokoll

Zum Protokoll der Sitzung vom 7. April 2011 wurden keine Berichtigungsanträge eingereicht.

GV4.321.9. Traktandenlisten, Einladungen, Termine

Fragestunde

Der Vorsitzende ersucht die Ratsmitglieder, die eingereichten Fragen kurz zu stellen. Es sind keine feststellenden Bemerkungen, sondern lediglich Fragen erlaubt. Direkt im Anschluss wird der jeweilige Abteilungsvorstand die Frage mündlich beantworten. Gemäss Geschäftsordnung besteht nach jeder Antwort Gelegenheit zur Diskussion, an der auch Zusatzfragen gestellt werden können. Die Redezeit ist dabei auf fünf Minuten beschränkt. Was ist eine Fragestunde. Sie ist nicht eine Stunde für die Einleitung zu den Fragen. Bitte haltet euch kurz.

Erfolg der schalltechnischen Sofortmassnahmen an den Gleisen der BDWM-Bahn

Max Wiederkehr (CVP) stellt folgende Fragen:

Wie wertet der Stadtrat den Erfolg der im April durchgeführten schallschutztechnischen Sofortmassnahmen an den Gleisen der BDWM-Bahn im Zentrum von Dietikon? Am 27. April wurde die Frage in der Zeitung schon beantwortet.

Wie lauten die Schallmessresultate, welche vor und nach der Sanierung durchgeführt wurden?

Wann wird der Gleisunterbau saniert, sodass er den neuen, wesentlich schwereren Zugkompositionen entspricht?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass der Stadtrat die Massnahmen als Erfolg wertet. Lärm und Erschütterungen sind spürbar geringer. Das Echo von Personen, die in der Nähe der Bahn arbeiten und wohnen, ist durchaus positiv. Kontrollmessungen sind durchgeführt worden. Die Resultate werden Ende Monat vorliegen. Weitere Sanierungen am Gleisunterbau werden ausgeführt, wenn die Doppelspur eingeführt wird.

Kosten Ferienhort

Max Wiederkehr (CVP) stellt folgende Fragen:

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Wie hoch waren für die Stadt Dietikon die Vollkosten für ein Kind für eine Woche im Ferienhort der Schulen?

Wie viel der anfallenden Gesamtkosten für eine Woche wurde auf die Eltern abgewälzt und wie viel musste die Stadt übernehmen?

Schulvorstand Jean-Pierre Balbiani antwortet, dass Angaben über Vollkosten im eigentlichen Sinn nicht erhoben werden können. Die Stadt Dietikon führt eine Rechnung nach dem Modell HRM2. Dabei sind keine Kosten für Mieten usw. enthalten. Übrige Aufwendungen z. B. für die Verpflegung, Betreuung usw. sind aber berücksichtigt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf Fr. 64'890.00. Der Anteil der Eltern beträgt Fr. 31'094.00. Der Kostendeckungsgrad liegt bei ca. 48 %. Der Aufwand für eine Woche und pro Kind liegt bei durchschnittlich Fr. 262.00.

Verwaltungsrat BDWM

Max Wiederkehr (CVP) stellt folgende Frage:

Dem Vernehmen nach wird Dietikon in Zukunft wiederum im Verwaltungsrat der BDWM vertreten sein.

Wie hoch ist die jährliche Entschädigung für dieses Mandat?

Wie viele Sitzungen beinhaltet dieses Mandat?

Wer erhält die Entschädigung, der Mandatsträger oder die Stadt Dietikon?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass die Stadt Dietikon früher durch Gertrud Disler im BDWM-Verwaltungsrat vertreten gewesen ist. Davor durch den jeweiligen Stadtpräsidenten. Nach einem Jahr Unterbruch und der Intervention durch den Stadtrat kann die Exekutive wieder Einsitz nehmen. Der Stadtrat hat den Stadtpräsidenten nominiert. Die Wahl findet am nächsten Mittwoch statt.

Die Entschädigung beträgt ungefähr Fr. 10'000.00. Die genaue Anzahl Sitzungen ist nicht bekannt, vermutlich sind es sechs VR-Sitzungen und Sitzungen in einem Ausschuss und weitere Verpflichtungen. Nebenamtliche Mitglieder des Stadtrates behalten die Entschädigungen aus Mandaten, beim vollamtlichen Stadtpräsidenten hatte man bislang eine differenzierte Lösung. Die Entschädigung als ZPL-Präsident fliesst in die Stadtkasse, weil die Tätigkeit mehr oder weniger in der üblichen Geschäftszeit stattfindet. Finden die Verpflichtungen ausserhalb statt, so wie bei der BDWM, konnte - gemäss bisheriger Regelung - der Mandatsträger die Entschädigung behalten.

Spazierweg Limmatkanal

Anton Kiwic (SP) stellt folgende Fragen:

Auf der linken Seite des Limmatkanals, zwischen diesem und dem VBZ-Wagenpark, hat es einen Weg. Dieser bietet sich an, um weiter an der Limmat entlang zu spazieren.

Ist das ein offizieller Spazierweg?

Kann man das Schild, es handle sich um eine Sackgasse, entfernen?

Wird dieser Weg zu einem späteren Zeitpunkt noch ausgebaut?

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass der Weg ein Teil der gesamten Limmatpromenade sein wird. Auf Höhe des Erlenhofes ist die spätere Linienführung bereits sichtbar. Das "Sackgasse"-Schild wird entfernt. Im Zusammenhang mit der Überbauung des Baufeldes H wird die Limmatpromenade bis zur Überlandstrasse verlängert. Geplant ist eine durchgehende Verbindung zwischen Überlandstrasse und Reppischmündung, inkl. eines neuen Limmatüberganges nördlich des Werkareals der EKZ.

Tunnel Löwenzentrum

Anton Kiwic (SP) stellt folgende Fragen:

Warum wurde der Tunnel zwischen Löwenzentrum und Neubau "Jelmoli-Parkplatz" nicht während des Neubaus gemacht?

Wie verhalten sich die Kosten dieses Tunnelbaus gegenüber Kosten, wenn man während des Neubaus den Tunnel gebaut hätte?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass es ideal gewesen wäre, zum Zeitpunkt des Baus der beiden Untergeschosse den Tunnel zu bauen. Einerseits hat sich im Vorfeld jedoch gezeigt, dass keine nennenswerten Synergien genutzt werden könnten (andere Baugrubenumschliessung, verkehrliche Gründe etc.) andererseits drängte die private Bauherrschaft auf einen baldigen Baubeginn. Intensive Verhandlungen mit der Eigentümerin verzögerten zudem den Baubeginn des Tunnels. Die Eigentümerin musste sich verpflichten, die Ausfahrt beim Löwenzentrum zu schliessen. Die Kosten des Tunnelbaus sind unabhängig vom Zeitpunkt unverändert. Die Bauherrschaft des Neubaus Nextra musste die Garagenaussenwand im Anschlussbereich statisch so erstellen, dass ohne Er-schwernisse angebaut werden kann.

Vernehmlassungen zu kantonalen Vorlagen

Ernst Joss (AL) stellt folgende Fragen:

Warum findet man die Vernehmlassungen der Stadt Dietikon zu kantonalen Vorlagen wie z.B. dem Richtplan nicht auf der Homepage?

Zusatzfrage: Warum stellt man die Vernehmlassungen der Stadt nicht frühzeitig den Parteien zu, damit sie allenfalls die Vorschläge auch in ihre Vernehmlassungsantworten aufnehmen können und so diesen grösseres Gewicht verleihen?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass der Inhalt von Vernehmlassungen im Verhandlungsbericht publiziert wird. Die Anregung wird aber gerne entgegengenommen. Wichtige Vernehmlassungen werden im vollen Wortlaut auf die Homepage gestellt. Grundsätzlich wird begrüsst, wenn Parteien die Haltung des Stadtrates unterstützen, oder wenn der Stadtrat ihnen behilflich sein kann. Es ist allerdings auch eine Zeitfrage. Der Stadtrat orientiert sich sorgfältig, andere Vernehmlassungen werden studiert (GPV). Das führt dazu, dass sich der Stadtrat vielfach erst am Ende der Vernehmlassungsfrist äussert. Wir werden uns bemühen, frühzeitiger zu sein und dann auch die Parteien zu orientieren.

Ernst Joss (AL) meint, dass er den Aspekt bezüglich der Fristen durchaus versteht. Die Frist zur Vernehmlassung zum Richtplan lief 14 Tage nach den Kantonsratswahlen ab. Vielleicht ist das auch der Grund, warum viele Parteien sich dazu nicht geäussert haben.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Pflichtabstellplätze

Ernst Joss (AL) stellt folgende Frage:

Wäre der Stadtrat in Anbetracht der vielen offensichtlich nicht vermieteten Garagenplätze allenfalls heute bereit, einen Vorstoss zur Reduktion der Pflichtabstellplätze entgegenzunehmen?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass er diese Frage nicht für den Gesamtstadtrat beantworten kann. Man müsste den Inhalt des Vorstosses im Detail kennen. Zurzeit wird das Planungs- und Baugesetz (PBG) des Kantons Zürich revidiert. Es ist vorgesehen, darin die bisherige unverbindliche Wegleitung zur Parkplatzberechnung zu integrieren. Damit würde eine einheitliche Basis für die Ermittlung der erforderlichen Parkplätze im Kanton Zürich geschaffen. Es stellt sich allerdings die Frage, ab wann die kantonale neue Regelung frühestens in Kraft treten könnte. Je nachdem könnte eine Überprüfung der Vorschriften für Abstellplätze für Motorfahrzeuge zweckmässig sein. Der Zeitpunkt für einen entsprechenden Vorstoss ist jetzt eher ungünstig.

Rückforderung Sozialhilfeleistungen

Roger Bachmann (SVP) stellt folgende Fragen:

Wird regelmässig überprüft, ob eine nachträgliche Rückforderung von Sozialhilfeleistungen bei ehemaligen Leistungsbezügern im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen möglich ist?

Kann ungefähr beziffert werden, in wie vielen Fällen in den Jahren 2007 bis 2010 durch die Stadt Dietikon recht- oder unrechtmässig bezogene Sozialhilfeleistungen beim Empfänger zurückgefordert wurden und wie hoch der tatsächlich zurückbezahlte Gesamtbetrag in etwa war?

Sozialvorstand Johannes Felber antwortet, dass die zu Unrecht bezogenen Leistungen von den betreffenden Personen gemäss SHG Art. 26 zurückgefordert werden. Das Inkasso erfolgt durch das Sozialsekretariat. Gegenüber ehemaligen Sozialhilfebezüger/innen, welche nachträglich durch Lotteriegewinn, Erbschaft oder höherem Einkommen zu Geld kommen, besteht keine regelmässige Überprüfung durch die Sozialabteilung. Es kommt vor, dass die betroffene Person sich selbst meldet. Aus Erfahrung wissen wir leider, dass Sozialhilfebezüger/innen, kommen sie wieder einmal zu Geld, dieses meist sehr schnell wieder ausgegeben haben. Für ein repräsentatives Ergebnis müssten alle Dossiers mindestens einmal jährlich überprüft werden.

Im Kanton Zürich ist es gemäss Gesetz praktisch ausgeschlossen, dass Sozialhilfeleistungen bei einem höheren Einkommen durch Arbeitsleistung zurückgefordert werden können. Der monatliche Lohn müsste sich mindestens zwischen Fr. 15'000.00 und Fr. 20'000.00 bewegen.

Im Jahr 2007 wurden noch keine statistischen Daten betreffend Rückforderungen von recht- oder unrechtmässig bezogener Sozialhilfeleistungen erhoben. Eine Statistik betreffend unrechtmässig bezogener Sozialhilfeleistungen wird ab 2008 geführt. Die Rückforderungen beliefen sich auf Fr. 88'000.00 (2008), Fr. 208'000.00 (2009) und Fr. 305'000.00 (2010). Die effektiven Rückzahlungen betragen jedoch Fr. 53'000.00 (2008), Fr. 73'000.00 (2009) und Fr. 80'000.00 (2010). Der Vergleich zeigt, dass in vielen Fällen die volle, ausgerichtete Unterstützung nicht einbringbar ist.

Signalisation Florastrasse

Peter Wettler (SP) stellt folgende Frage:

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Wer kontrolliert an der Florastrasse, ob die Signalisation "Zubringerdienst gestattet" Beachtung findet?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass das Teilstück der Florastrasse zwischen Bremgartnerstrasse und Schulstrasse, eine Privatstrasse ist. Kontrollen und Strafanträge müssten die berechtigten Grundeigentümer gemäss Art. 258 der Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO) selber stellen. Nur das Teilstück an der Florastrasse zwischen Bremgartnerstrasse und Oberer Reppischstrasse ist eine öffentliche Strasse. Diese ist mit einer "Einbahn"-Signalisation versehen.

Peter Wettler (SP) meint, dass es wenig nützt, wenn eine Signalisation zwar besteht, sie aber nicht beachtet wird.

Parken vor der katholischen Kirche

Peter Wettler (SP) stellt folgende Frage:

Wieso darf Werktag für Werktag vor der katholischen Kirche (Coiffeursaloon Peter) ein schwarzes Auto (Opel) parkieren?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass das schwarze Fahrzeug auf den Inhaber des Coiffeursalons zugelassen ist und vor der Liegenschaft Kirchplatz 5 auf privatem Grund steht. Private Grundeigentümer sind aus polizeilicher Sicht berechtigt, ihr Grundstück zu befahren und das Fahrzeug auf dem privaten Grund abzustellen. Allerdings ist die Liegenschaft Kirchplatz 5 mit einem Dienstbarkeitsvertrag belastet, wonach auch die private Fläche vor der Liegenschaft als Teil des öffentlichen Kirchplatzes dem Publikum zur Benützung zusteht. Die Zufahrt für Warentransporte ist erlaubt, jedoch nicht die Benützung des Grundes als Parkfläche. Der Inhaber der Liegenschaft ist gehalten, die Nutzung gemäss Dienstbarkeitsvertrag einzuhalten.

Warnblinkanlagen BDWM

Peter Wettler (SP) stellt folgende Frage:

Entsprechen die gelben Warnblinklampen entlang der BDWM Transport AG einer offiziellen Signalisation, die europaweit angewendet wird und folglich vertraut ist?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass die gelben Warnblinkleuchten der offiziellen Signalisation entsprechen. Art. 70 Abs. 1 Bst. d der eidgenössischen Signalisationsverordnung besagt: "Gelbes Blinklicht zur Warnung der Strassenbenützer ist nur zulässig: vor gefährlichen Hindernissen auf der Fahrbahn."

Peter Wettler (SP) fragt nach, ob der Ressortvorstand dies eine gute Lösung findet.

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass es sich um eine offizielle Lösung handelt. In Zürich waren früher rote Blinklichter im Einsatz, die man alle umrüsten musste.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Verlängerung Schienenstrang BDWM

Peter Wettler (SP) stellt folgende Frage:

Ist mit der BDWM Transport AG schon einmal über eine Verlängerung des Schienenstranges in das Gebiet Silbern (Fahr) gesprochen worden? Wurde das schon Mal mit dem VR oder der Geschäftsleitung der BDWM besprochen.

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass eine Verlängerung der BDWM nach Westen, insbesondere ins Gebiet Niderfeld, vor Jahren bereits technisch geprüft wurde. Eine schienengebundene Erschliessung des Gebiets Silbern-Lerzen-Stierenmatt wäre aus Gründen der Kapazität und des Fahrkomforts grundsätzlich wünschbar. Als Linienführung käme aufgrund der Lage des Gleiskörpers der SBB sowie des RBL nur die Route Weiniger-, Überland-, Heim-, Silbernstrasse in Frage. Die Platzverhältnisse insbesondere an den Knoten Weiniger-/Überlandstrasse sowie Überland-/Heimstrasse sind jedoch derart eng, dass eine Führung der Bahn nur mit grossen Einbussen bei der Kapazität des Verkehrssystems realisierbar wäre. Der Knoten Überland-/Heimstrasse ist bereits heute verkehrlich überlastet. Ein notwendiger Ausbau ist aufgrund der Platzverhältnisse nicht möglich. Es ist vorgesehen, im Rahmen des Gestaltungsplans SLS eine Raumsicherung für Busspuren auf der Heim- bzw. Silbernstrasse vorzunehmen. Eine erste Etappe wird im Rahmen der Überbauung Limmatfeld in den nächsten Monaten realisiert. Die Bedienungsfrequenzen der Buslinie 309 werden laufend entsprechend der Nachfrage verdichtet und zeitlich ausgedehnt. Im Moment wird die Option S-Bahnhaltestelle Silbern als Lösung zur Verbesserung der öV-Erschliessung des Gebiets bevorzugt. Entsprechende Abklärungen laufen zurzeit. Sollte sich die S-Bahnhaltestelle Silbern als nicht realisierbar erweisen, würden andere zweckmässige Alternativen näher geprüft.

Peter Wettler (SP) meint, dass der Weg von der S-Bahnstation bis ins Hotel Conti relativ weit ist.

Abflüge Zürich Flughafen

Peter Wettler (SP) stellt folgende Frage:

Hat sich der Stadtrat dafür eingesetzt, dass nicht alle Abflüge ab Zürich Flughafen bei Westwindlage über Dietikon abgewickelt werden?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass sich bereits Personen bezüglich des Fluglärms bei der Stadt gemeldet haben. Sie sind der Ansicht, dass die Flugbewegungen und damit die Lärmbelastung über Dietikon in den letzten Monaten zugenommen hätten. Dies betrifft insbesondere die Abflüge auf der Piste 28. Die Stadt klärt zurzeit aufgrund der Abflugstatistik ab, inwieweit sich diese Wahrnehmung erhärten lässt. Sollte sich die Zunahme der Abflüge über die Piste 28 bestätigen, wird der Stadtrat die Interessen der Dietiker Bevölkerung in geeigneter Weise bei den entsprechenden Stellen geltend machen. Der Stadtrat hat sich schon vermehrt dafür eingesetzt, dass weitere Ausbauten nicht über die Piste 28 erfolgen. Das Regime ist aber von der Tageszeit und dem Gewicht der Flugzeuge abhängig.

Peter Wettler (SP) meint, dass von 400 täglichen Starts 320 über die Piste 28 abgewickelt werden. Das ist eindeutig zuviel.

Lärm aufgrund der Gleissanierung

Josef Wiederkehr (CVP) stellt folgende Fragen:

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Bald im Monatsrhythmus werden die SBB-Gleise saniert. Die Arbeiten sind ausserordentlich lärmintensiv. Insbesondere die Alarmsirene und das Drehlicht verunmöglichen den Direktbetroffenen die Nachtruhe fast gänzlich.

Was unternimmt die Stadt dagegen? Zum Beispiel, dass ein anderes Warnsystem eingesetzt würde?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass der betriebliche Unterhalt auf dieser Strecke nachts erfolgen muss. Abklärungen konnten kurzfristig bei den SBB AG nur telefonisch erfolgen. Das Warnsystem ist in einem vom BAV bewilligten Reglement der SBB AG geregelt. Der Einsatz eines Drehlichts ohne Horn ist zwar möglich, jedoch nur, wenn das Gleis gesperrt wird. Der Stadtrat wird zu dieser Thematik weitere Informationen einholen.

Kompetenzen Begleitgruppe Limmattalbahn

Josef Wiederkehr (CVP) stellt folgende Fragen:

Über welchen Gestaltungsspielraum verfügt die Begleitgruppe, welche der Stadtrat zur Limmattalbahn eingesetzt hat? Im Besonderen bezüglich der Linienführung?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass die Begleitgruppe ein Konsultativgremium ist. Das Gremium hat keine Entscheidungskompetenz. Die Begleitgruppe kann Anliegen und Bedürfnisse in den Bearbeitungsprozess einbringen, ihre spezifischen Interessen zum Ausdruck bringen und zu den Vorschlägen des Bearbeitungsteams Stellung nehmen. Im Weiteren soll sie die Erkenntnisse aus dem Planungsprozess in ihre Interessengruppen zurückgeben, so als Multiplikator wirken und konstruktive Diskussionen auslösen. Gegenwärtig finden Verkehrssimulationen statt, die weitere Erkenntnisse bringen können. Die Linienführung, welche der Stadtrat zusammen mit der Limmattalbahn AG im Januar 2011 favorisiert hat, ist das Resultat eines langen und intensiven Evaluationsprozesses. Neue Linienführungsoptionen werden nur geprüft, wenn die gewählte Linienführung aus technisch-betrieblichen Gründen nicht realisierbar wäre (z. B. mangelnde Kompatibilität mit dem MIV).

Josef Wiederkehr (CVP) fragt nach, ob demnach die Begleitgruppe keine Kompetenzen hat.

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass sie im Meinungsbildungsprozess eine wichtige Aufgabe hat und diesbezüglich durchaus Einfluss nehmen kann.

Ernst Joss (AL) fragt, wer kompetent ist, die Linienführung zu bestimmen. Offenbar hat dazu weder der Stadtrat noch der Gemeinderat verbindlich etwas zu sagen.

Stadtpräsident Otto Müller stellt fest, dass die beiden Kantone Aargau und Zürich die Bauherrschaft der Limmattalbahn darstellen. Sie haben der Limmattalbahn AG den Auftrag zur Erstellung der Bahn erteilt. Sie entscheiden letztlich auch über die Linienführung. Der Stadtrat Dietikon ist beratend im Prozess dabei, entscheiden werden aber die beiden Kantone.

Lehren Glattalbahn

Josef Wiederkehr (CVP) stellt folgende Fragen:

Welche Kontakte hatte der Stadtrat mit den Verantwortlichen der Glattalbahn?

Welche Erkenntnisse konnte der Stadtrat aus diesen Gesprächen ziehen?

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass der Stadtrat verschiedentlich Kontakt mit den Verantwortlichen der Glattalbahnen hatte. So wurde beispielsweise der Direktor des VBG, Andreas Flury, an die Informationsveranstaltung vom 24. November 2010 für ein Referat nach Dietikon eingeladen, wo er ausführlich über die Erfahrungen beim Bau der Glattalbahnen berichtet hat. Weiter hat die Stadt einen intensiven Kontakt mit Herrn Franz Kagerbauer, welcher als Direktor des ZVV ebenfalls im Verwaltungsrat des VBG vertreten ist und bestens über die Erfahrungen aus dem Bau der Glattalbahnen Bescheid weiss. Der Erfahrungsaustausch läuft auch auf der fachlichen Ebene, da die Bearbeiter der Teilprojekte 4 und 5 bereits bei der Planung und beim Bau der Glattalbahnen beteiligt waren. Die Entwicklung findet statt und Investitionen werden ausgelöst. Nach gewonnenen Erkenntnissen wird die Zonenplanung überprüft und allenfalls angepasst. Die Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes sind mit den Verhältnissen der Glattalbahnen aufgrund ihrer früheren Tätigkeit ebenfalls bestens vertraut. Die aus diesen Kontakten gewonnenen Erkenntnisse laufen dauernd in den Bearbeitungsprozess ein.

Josef Wiederkehr (CVP) fragt, ob es dem Stadtrat bekannt ist, dass verschiedene Gemeinden im Glattal nicht zufrieden sind mit der Glattalbahnen?

Stadtpräsident Otto Müller stellt fest, dass ihm das nicht bekannt ist.

Velohaus Poststrasse – Berücksichtigung Dietiker Firmen

Josef Wiederkehr (CVP) stellt folgende Fragen:

Endlich wird das Velohaus an der Poststrasse ersetzt. Wurden auch Dietiker Unternehmen zur Offertstellung hierfür eingeladen. Wenn ja, welche?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass ausschliesslich ausgewiesene Strassenbauunternehmen angefragt wurden. Beim Veloständer handelt es sich um einen Normtypen, den die SBB AG überall auf dem Bahnhofsgebiet einsetzt.

Josef Wiederkehr (CVP) erklärt, dass es verschiedene Unternehmen in Dietikon gebe, welche die Arbeiten auch hätten ausführen können.

Wanderstatistik

Josef Wiederkehr (CVP) stellt folgende Frage:

Vor einiger Zeit wünschte der Gemeinderat eine Wanderstatistik, aus welcher hervorgeht, aus welchen Gründen Leute nach Dietikon ziehen oder aus welchen Gründen sie unsere Stadt verlassen. Wie ist der heutige Stand diesbezüglich?

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi antwortet, dass sich die Stadt Dietikon 2009 am Projekt „Gemeinde-Benchmarking“ des Statistischen Amtes des Kantons Zürich zur Ermittlung der Zu- und Wegzugsgründe beteiligt hat. Die Befragung dient dazu, längerfristig strategische Investitionsentscheide in Gemeinden zu erleichtern, indem die Motivationen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen für den Zu- oder Wegzug untersucht werden. Die Auswertung wurde durch das Statistische Amt veröffentlicht (abrufbar auf der Homepage des Statistischen Amtes). Das Statistische Amt beabsichtigt, die Befragung alle zwei Jahre zu wiederholen, d.h., in diesem Jahr wird wieder eine Befragung durchgeführt.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Josef Wiederkehr (CVP) möchte wissen, in welcher Zeit die Befragungen wieder durchgeführt werden.

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi erklärt, dass sich verschiedene Gemeinden an der Erhebung beteiligt haben. Für Dietikon war es ein wichtiges Kriterium, dass andere, vergleichbare Gemeinden sich ebenfalls beteiligten.

Josef Wiederkehr (CVP) will nochmals konkret wissen, ob nun in diesem Jahr erneut eine Befragung stattfindet.

Sicherheits- und Gesundheitsvorstand Heinz Illi stellt fest, dass in diesem Jahr wiederum eine Befragung vorgesehen ist. Über die Ergebnisse der letzten Erhebung erkundigt man sich am besten auf der Homepage des Statistischen Amtes.

Abwanderung Verwaltungsangestellte

Julia Neuenschwander (EVP) stellt folgende Fragen:

In der letzten GPK-Sitzung wurde angesprochen, dass sich Polizisten aufgrund besserer Anstellungsverhältnisse zu anderen Gemeinden abwandern.

Gibt es dieses Problem auch an anderen Stellen in der Verwaltung?

Was tut der Stadtrat, damit weiterhin gut qualifizierte Personen in Dietikon arbeiten?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass es zu wenige Polizisten gibt. Polizeiangehörige werden mit Werbespots gesucht, Polizisten können aussuchen, wo sie arbeiten wollen, werden abgeworben. Dabei spielt der Lohn eine Rolle. Es gibt aber auch andere Faktoren wie das Aufgabengebiet, das Team usw. Es kann nicht gesagt werden, dass die Löhne bei der Stadt Dietikon generell nicht mehr marktfähig sind. Gegenwärtig findet eine Teilrevision der Personalverordnung statt, bei der auch die Einreihungen und Einstufungen der Löhne auf der Basis von Quervergleichen überprüft werden. Die Resultate liegen nach dem Sommer vor. Anpassungen werden letztlich dem Gemeinderat beantragt werden.

Gesamtkonzept Aussenwerbung

Jörg Dätwyler (SVP) stellt folgende Fragen:

Wer ist an der Entwicklung des "Gesamtkonzept Aussenwerbung" beteiligt gewesen?

Seit wann ist dieses in Kraft?

Wie ist der Wortlaut?

In Stellvertretung zur abwesenden Hochbauvorsteherin antwortet *Stadtpräsident Otto Müller*, dass das "Gesamtkonzept Aussenwerbung" 2010 von der Hochbauabteilung erarbeitet wurde. Es enthält die Beurteilungskriterien und Vorgaben für Reklameanlagen, Plakate und Megaposter. Die Erarbeitung und Einführung des "Gesamtkonzepts Aussenwerbung" ist Teil der Regierungsrichtlinien für die Legislaturperiode 2010 bis 2014. Bis zur Verabschiedung durch den Stadtrat gilt es als interne Richtlinie und ist nicht rechtsverbindlich. Es beinhaltet Beurteilungskriterien, Angaben zu Grösse, Reklameanlagen und Megaposter sowie über einheitliche Standorte. Der Stadtrat hat die Richtlinie noch nicht verabschiedet. Sie ist jedoch auf der Homepage der Stadt Dietikon (unter Hochbauabteilung) bereits publiziert.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Jörg Dätwyler (SVP) fragt, ob die Richtlinie nicht durch eine Verordnung legitimiert ist.

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass es sich lediglich um eine Richtlinie handelt. Sie dient der Gemeinde und der Bauherrschaft als Anhaltspunkt.

Postulat UNICEF-Auszeichnung

Angela Gullo (SP) stellt folgende Fragen:

Am 1. Juli 2010 wurde das Postulat von Esther Tonini "UNICEF Auszeichnung" an den Stadtrat überwiesen. Ich bitte den Stadtrat, mir folgende Fragen zu beantworten:

Sind die nötigen Unterlagen zur ersten Standortbestimmung eingereicht worden?

Wenn ja, liegen Berichte der Analyse vor?

Wenn nein, wann wird die Stadt das Projekt starten?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass der Prozess am Laufen ist. Momentan sind die Fragebogen bei den Verwaltungsabteilungen, den Schulhäusern usw. in Bearbeitung. Es handelt sich um einen sehr umfangreichen Prozess. Praktisch alle Verwaltungsabteilungen und Leitungspersonen sowie alle Schuleinheiten und weitere externe Fachstellen sind involviert. Bis Ende Monat sollten alle ausgefüllten Fragebogen vorliegen. Im Verlaufe des Juni ist vorgesehen, die Unterlagen an UNICEF einzureichen.

Trinkbrunnen

Angela Gullo (SP) stellt folgende Fragen:

Die Stadt Dietikon ist mit diversen Trinkbrunnen ausgestattet. Ich bitte den Stadtrat, mir folgende Fragen zu beantworten:

Sind zurzeit alle Trinkbrunnen in Funktion?

Wurde bei der Installation berücksichtigt, dass der Wasserstrahl auch für kleine Menschen und Kinder erreichbar sein muss?

Infrastrukturvorstand Roger Brunner antwortet, dass alle Trinkbrunnen in Betrieb sind. Die Trinkbrunnen sind in der Regel auch für Kinder erreichbar. Der Brunnen bei der Markthalle/Kirchplatz wurde von der Wasserversorgung mit einem kleinen Podest nachgerüstet. Einzelne Brunnen wie z. B. jener beim Färberhüsli kann nicht unbedingt von Kindern benützt werden. Das hat aber vor allem mit der Gestaltung des Brunnens einen Zusammenhang.

Fussballanlage Dornau

Angela Gullo (SP) stellt folgende Fragen:

Sind ausser Dietikon andere Gemeinden an der Fussballanlage Dornau beteiligt?

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Sind ausser Dietikon andere Gemeinden oder der Kanton an der Strasse zur Dornau und an den Fussweg der Limmat entlang beteiligt?

Welche Kompetenzen hat die Stadt Dietikon dabei?

Stadtpräsident Otto Müller erklärt, dass die Fussballanlage Dornau im Eigentum der Stadt Dietikon steht. Sie liegt jedoch nicht auf dem Gemeindegebiet Dietikon, sondern in den Gemeinden Weinigen und Geroldswil. Die Stadt Dietikon hat die Rechte und Pflichten, die ein Grundeigentümer hat. Für die Zufahrt ist die Gemeinde Weinigen verantwortlich. Der Uferweg gehört dem Kanton, liegt aber auf Gemeindegebiet Weinigen. Der Fussballklub hat die Anlage gepachtet. Die Details sind in einem Pachtvertrag geregelt.

Sanierung Freibad Fondli

Stephan Wittwer (SVP) stellt folgende Frage:

Wieso werden vor der Abstimmung bereits Aufträge für die "Gesamtsanierung Becken und Technik Freibad Fondli" vergeben?

In Stellvertretung zur abwesenden Hochbauvorsteherin antwortet *Stadtpräsident Otto Müller*, dass Aufträge bisher erst für die Planungsphase 1, d. h. für das *Vorprojekt* (Architekt, Fachplaner und Sondierungen), erteilt wurden. Dafür hat der Stadtrat am 1. Februar 2010 einen Kredit in der Höhe von Fr. 168'000.00 genehmigt.

Ausserdem wurden am 12. Januar 2011 - aufgrund von im Rahmen der Vorprojektklärungen vorgenommenen, detaillierten Untersuchungen des Baumbestandes - dringendere Baumpflegemassnahmen in Auftrag gegeben. Diese sind unumgänglich und werden über den baulichen Unterhalt des Freibades abgerechnet, da noch kein Baukredit bewilligt worden ist. Diese Massnahmen wurden aber mit der Vorprojektplanung koordiniert, weshalb die Beschlussfassung auch über die Hochbauabteilung abgewickelt wurde. Die Baumpflegemassnahmen haben einen Zusammenhang mit dem Standort der attraktivitätssteigernden Massnahmen.

Amtliche Publikationen zusätzlich im WEB

Pius Meier (CVP) stellt folgende Fragen:

Können die amtlichen Publikationen zusätzlich zum Amtsblatt auch auf dietikon.ch publiziert werden?

Wie gross wäre der Aufwand dafür?

Ab wann könnte das umgesetzt werden?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass bisher schon Bauausschreibungen, Submissionsergebnisse, Wahl- und Abstimmungsergebnisse im Internet veröffentlicht werden. Gemäss Abklärungen ist der Aufwand nicht sehr gross, weshalb in Zukunft alle amtlichen Publikationen der Stadtverwaltung Dietikon auf der Homepage aufgeschaltet werden. Die Umsetzung soll bis zu den Sommerferien erfolgen. Allerdings ersetzt die Veröffentlichung auf der Homepage die amtliche Publikation nicht. Bezüglich der Fristen gilt nach wie vor die Veröffentlichung in der Limmattaler Zeitung.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Resultate Runder Tisch Verkehr im Zentrum

Pius Meier (CVP) stellt folgende Frage:

Was ist bisher mit den Resultaten des Runden Tisches Verkehr im Dietiker Zentrum geschehen?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass vor einiger Zeit ein runder Tisch unter der Leitung der Baukommission eingerichtet worden ist. Der Stadtrat hat eine Reihe von Massnahmen umgesetzt, dazu gehören:

- Verbesserungen für Fussgänger mit Anpassung der Lichtsignalanlage Bremgartner- / Zentralstrasse beim Kirchplatz und Verbesserungen der Übergänge, insbesondere für Velofahrer beim Knoten Zentralstrasse / Obere Reppischstrasse südlich des Kronenareals (Ende 2008);
- Untersuchungen zur regionalen Verkehrssteuerung (RVS), welche u. a. eine Entlastung des Stadtzentrums von Dietikon bezwecken. Ist abgeschlossen, aber noch nicht umgesetzt;
- Verbindung von Kirchplatz und öffentlichem, unterirdischem Parkhaus mit einem Glaslift und Signalisierung der wichtigsten Parkplätze im Zentrum;
- die Neunutzung des Schellerareals;
- die fussgängerfreundliche Umgestaltung der Löwenstrasse im Hinblick auf eine Neugestaltung / Verkehrsberuhigung im Bereich der Bäcker- / Merkurstrasse. Diese Verbindung soll bis zum Kronenareal weiter geführt und zu einer städtebaulich einladenden Achse Kirchplatz – Kronenareal werden;
- die Beruhigung und Neugestaltung der Merkurstrasse, im Zusammenhang mit dem neuen Bezirksgebäude, welche auch eine Verbesserung der Situation der Kundenparkplätze im Bereich der Post beinhaltet;
- die teilweise Umgestaltung der Poststrasse im Zusammenhang mit der Neuüberbauung des Schellerareals. Die fehlenden Veloständer werden auf einer neu gestalteten Anlage noch dieses Jahr realisiert. Eine Verbreiterung der Unterführung Poststrasse Richtung Limmat mit Gleisaufgang wurde zwar studiert, doch ebenso wie ein Limmatübergang aus Kostengründen vorerst zurückgestellt;
- die Durchführung eines 2008 erteilten Studienauftrages "Kronenliegenschaften" im Bereich der Krone bzw. Umgestaltung des Kronenplatzes / Untere Reppischstrasse. Momentan laufen Abklärungen für eine Erweiterung des Perimeters nach Norden; insbesondere soll der Strassenraum der Unteren Reppischstrasse in die Gestaltung miteinbezogen werden und eine Beruhigung der Kirchstrasse erreicht werden.
- Eine bauliche Erweiterung und Belebung der Unterführungen Bahnhof und Poststrasse für den Langsamverkehr wurde aus Kostengründen zurückgestellt. Dank der erfolgten Signalisation der wichtigsten Parkieranlagen und der Eröffnung des Parkhauses Kirchplatz hat sich die Situation soweit verbessert, dass vorläufig auf die Einführung eines Parkleitsystems verzichtet werden kann.

Folgende Massnahmen sind in Ausführung:

- Verbindung der Garagen Löwenzentrum und Nextra mit der Aufhebung der Garagenausfahrt Löwenzentrum sowie der Verkehrsberuhigung der Löwenstrasse.

Folgende Massnahmen sind in den nächsten Jahren geplant:

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

- Bei der sanierungsbedürftigen Zentral- bzw. Zürcherstrasse (bis auf Höhe der Poststrasse) ist die Stadt in Kontakt mit dem für diese Strasse zuständigen Kanton. Aufgrund der Planungen im Zusammenhang mit der Limmattalbahn werden diese Strassen grundlegend neu gestaltet.
- Die Planung von Beruhigungsmassnahmen im Zentrum hat der Stadtrat zurückgestellt, bis die Resultate der aktuell laufenden Abklärungen im Zusammenhang mit dem Bau der Limmattalbahn vorliegen.
- Über den Bereich der Zentral-, Bäcker-, und Löwenstrasse liegt eine unter Einbezug des Kantons erarbeitete Gestaltungsstudie vor, welche der Strategie des Stadtrates entspricht und die Fortsetzung der bereits umgestalteten Löwenstrasse Richtung Krone umfasst. Das zugrunde liegende Verkehrskonzept sieht die Einführung einer Tempo 30-Zone im Gebiet zwischen der Weininger- und der Zentralstrasse und eine stärker beruhigte, als Begegnungszone signalisierte Löwenstrasse zwischen Kirchplatz und Kronenareal vor.

Pius Meier (CVP) stellt fest, dass diese Aufzählung nicht viele neue Ausführungen seit der Postulatsantwort im März 2009 enthält.

Neues Jugendzentrum

Alfons Florian (SVP) stellt folgende Fragen:

Jugendzentrum:

Ist eine Bedarfsabklärung (Platzbedarf, Aktivitäten, Investitionskosten, laufende Kosten) erfolgt?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass der Bedarf für mehr und grössere Räumlichkeiten ausgewiesen ist. Bei vielen Angeboten und Veranstaltungen stösst das Jugendzentrum an seine räumlichen Grenzen. Zurzeit ist Jugend & Freizeit an der Ausarbeitung eines Kurzkonzeptes zum Raumbedarf.

Die Möglichkeiten im Zentrum wurden eruiert und begutachtet. In einem Fall erfolgte seitens der Vermieterin eine Absage und bei weiteren Optionen sind Abklärungen im Gange. Die Abklärungen werden innerhalb des Bereichs Jugend & Freizeit durchgeführt. Es wurde kein Auftrag für eine umfassende, externe Evaluation erteilt. Ungefähr Mitte Jahr liegt das Kurzkonzept vor.

Verkürzte Bezugsdauer Arbeitslosengeld

Samuel Spahn (Grüne) stellt folgende Fragen:

Seit dem 1. April gilt für das Arbeitslosengeld die verkürzte Bezugsdauer.

Wie viele Personen wurden deshalb ausgesteuert und werden nun von der Sozialhilfe unterstützt?

Wie hoch schätzt das Sozialamt die zusätzlichen Kosten ein?

Sozialvorstand Johannes Felber antwortet, dass sich im Zusammenhang mit dem revidierten ALV-Gesetz bis jetzt 17 Personen betreffend Sozialhilfeleistungen beim Intake gemeldet haben. Acht davon hatten Anspruch auf Sozialhilfe und neun Personen müssen noch die erforderlichen Unterlagen einreichen. Die acht Personen werden monatlich mit durchschnittlich Fr. 2'205.00 unterstützt. pro Person ergibt dies einen Betrag von Fr. 26'467.00 pro Jahr. Gemäss Auskunft des RAV Dietikon

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

wird mit 60 - 80 Personen gerechnet, die aufgrund des revidierten Gesetzes Sozialhilfeleistungen benötigen könnten.

Samuel Spahn (Grüne) fragt, was das kostenmässig ausmacht.

Sozialvorstand Johannes Felber erklärt, dass pro Monat und Person ca. Fr. 2'200.00 zu rechnen ist. Bei ungefähr 100 Personen ergäbe sich eine Summe von ca. Fr. 220'000.00 monatlich. Man rechnet allerdings letztlich lediglich mit der Hälfte der Personen, die effektiv Sozialhilfe beanspruchen werden.

Sommertrockenheit

Samuel Spahn (Grüne) stellt folgende Frage:

Laut Klimaforschern werden wir in Zukunft vermehrt mit Sommertrockenheit rechnen müssen.

Wie bereitet sich die Wasserversorgung auf Zeiten mit beschränktem Trinkwasser vor?

Infrastrukturvorstand Roger Brunner antwortet, dass die Wasserversorgung Dietikon immer genügend Grundwasser zur Verfügung hat, weil via Limmat der Grundwasserstrom immer ergänzt wird. Solange die Limmat Wasser führt, geht das Trinkwasser nicht aus. Der Grundwasserstrom ist sogar mächtiger als die Limmat selber. Wenn aber eine wirklich grosse, mehrjährige Dürre käme, müsste der zivile Gemeindeführungsstab eingesetzt werden.

Zehntenscheune und Alter Bären

Samuel Spahn (Grüne) stellt folgende Frage:

Wie ist der Stand der Planung bei der Zehntenscheune und dem alten Bären?

Stadtpräsident Otto Müller antwortet, dass die Planung und Realisierung der Kronenliegenschaften in zwei Phasen stattfindet. In der ersten Phase wurden drei Wohnhäuser entwickelt. Die Bewilligung dafür ist gegenwärtig rekursbelastet. In der zweiten Phase werden die Zehntenscheune und der Alte Bären in Angriff genommen und zur Bewilligungsreife gebracht. Die dafür nötigen Mittel werden in die Finanzplanung 2012 aufgenommen.

Ratspräsident René Stucki erklärt, dass die verbliebenen vier Fragen aus zeitlichen Gründen nicht mehr beantwortet werden können. Sie werden in Kleine Anfragen umgewandt.

A1./A. Behörden, Gremien

Ersatzwahl eines Mitgliedes der GPK

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

Für die Ersatzwahl von Pius Meier als Mitglied der GPK für die Amtsdauer 2010-2014 schlägt Ueli Bayer namens der Interfraktionellen Konferenz vor:

Cécile Mounoud, Altbergstrasse 9

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge eingehen, erklärt der Vorsitzende die Vorgeschlagene als gewählt.

A1./A. Behörden, Gremien

Ersatzwahl Stimmzähler Gemeinderat

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

Für die Ersatzwahl von Adrian Larcher als Stimmzähler für die Amtsdauer 2010-2014 schlägt Ueli Bayer namens der Interfraktionellen Konferenz vor:

Catalina Wolf-Miranda, Oberdorfstrasse 19

Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge eingehen, erklärt der Vorsitzende die Vorgeschlagene als gewählt.

V2.213. Limmattalbahn

Linienführung Stadtbahn Limmattal

Beantwortung Interpellation

Cécile Mounoud, Mitglied des Gemeinderates, und 4 Mitunterzeichnende haben am 29. Oktober 2010 folgende Interpellation eingereicht:

"Die Stadtbahn Limmattal bietet Dietikon grossartige Chancen und würde einen Beitrag zu Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf den öffentlichen Verkehr leisten. In der Kleinen Anfrage vom 21. Dezember 2009 betreffend Linienführung Stadtbahn Limmattal schrieb der Stadtrat, er werde im Februar 2010 entscheiden, welche "Linienführung der Limmattalbahn seitens der Stadt bevorzugt wird." Seitdem ist jedoch nichts geschehen. Ein derartiges Hinauszögern der Entscheidung führt zu Spekulationen über die mögliche Linienführung und schwächt den Rückhalt in der Bevölkerung für das wegweisende Projekt. Der Stadtrat wird deshalb dringend gebeten, darzulegen, wie er bei der Evaluation der geeigneten Linienführung vorgehen will.

- 1. Nach welchen konkreten Kriterien (z. B. Erreichbarkeit von wichtigen öffentlichen Gebäuden, erwartete Anzahl der Fahrgäste etc.) werden die Varianten beurteilt?*
- 2. Welche Rolle spielen zukünftige Siedlungen (Limmatfeld, SLS und Niderfeld) in der Diskussion um die Linienführung? Gibt es hierzu schon Grundsatzentscheidungen, die einen wichtigen Einfluss auf die Linienführung haben?*
- 3. Welche Varianten stehen heutzutage zur Diskussion?*
- 4. Welche Nachteile haben die einzelnen Varianten?*
- 5. Mit welchen Massnahmen möchte der Stadtrat diesen Nachteilen entgegenwirken?*
- 6. Je mehr Zeit verstreicht, desto mehr erhält die Bevölkerung den Eindruck, der Stadtrat stünde nur halbherzig hinter dem Projekt. Ein Hinauszögern verhindert auch, dass dieses für Dietikon absolut wichtige Projekt unter Beteiligung der Parteien und Interessengruppen diskutiert werden*

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

kann. Bis wann wird der Stadtrat seine bevorzugte Linienführung inkl. Begründung definitiv bekannt geben?

7. *Bei einer abweichenden Linienführung müsste auch der Richtplan geändert werden. Wie viel Zeit rechnet der Stadtrat für eine Richtplanänderung ein?*
8. *Welche nächsten Schritte plant der Stadtrat in Bezug auf die Entscheidungsfindung?*
9. *Welche Massnahmen gedenkt der Stadtrat zu treffen, damit die Stadtbahn auch bestmöglich ans VBZ-Netz angeschlossen ist?"*

Mitunterzeichnende:

Pius Meier
André Arnet

Gabriele Olivieri
Max Wiederkehr

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1. In den früheren Planungsphasen sind teilweise leicht abweichende Beurteilungskriterien angewendet worden. Seit die Limmattalbahnen AG im Mai 2010 die Planungsarbeiten übernommen hat, sind alle Vergleiche nach einem einheitlichen Zielsystem vorgenommen worden. Dieses gliedert sich in die drei Bereiche "Übergeordnet", "Haltestellen" und "Trasse". In den drei Bereichen kommen folgende Kriterien zur Anwendung:

Übergeordnet: politische Akzeptanz, Städtebauliche Qualität, Kosten

Haltestellen: Fahrgastpotenzial, Haltestellenzugänglichkeit, Umsteigebeziehungen, Anteil Eigen-trasse / Mischflächen

Trasse: Konfliktpotenzial mit dem motorisierten Individualverkehr (MIV) / Langsamverkehr (LV), Fahrdynamik / Betriebsqualität

Die beiden Bestmögliche Kantone Zürich und Aargau haben folgende als zwingend einzuhaltende Bedingungen für die Variantenevaluation vorgegeben: Anbindung Bahnhof Dietikon, Berücksichtigung des Projekts Überbauung Kronenareal von Tilla Theus & Partner AG, Umsetzung der Zentrumsentlastung Dietikon (ZMB Variante 1.2) sowie Sicherstellen der Leistungsfähigkeit der Knoten im Zentrum Dietikon.

Die möglichen Varianten werden aufgrund der weit gefächerten Kriterien umfassend beurteilt. Es wird auch mit unterschiedlicher Gewichtung der Kriterien gearbeitet. Nur wenn eine Variante auch bei veränderter Gewichtung gut abschneidet, gilt die Beurteilung als stabil (Sensitivitätsprüfung).

2. Die Limmattalbahnen wird auf der westlichen Seite der SBB-Geleise verkehren. Mit der Linienführung durch das Niderfeld soll die Erschliessungsvoraussetzung für dieses neue Quartier geschaffen werden. Ein Wechsel auf die andere Seite des Rangierbahnhofs zur Erschliessung des Gebiets SLS ist aus technischen und betrieblichen Gründen nicht möglich. Bei der Planung des Gebiets SLS wird eine Verbesserung der Busanbindung und langfristig die Schaffung der S-Bahnhaltestelle Silberberg angestrebt. Das Limmatfeld ist wie das Gebiet SLS durch den Bus erschlossen und befindet sich zudem in Gehdistanz zum Bahnhof Dietikon.
3. Im Jahr 2009 ist der Variantenfanal auf Antrag der Stadt Dietikon für eine umfassende Beurteilung geöffnet worden. Die nochmalige Prüfung der bevorzugten Varianten im letzten Jahr

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

durch die Limmattalbahnen AG, unter Einbezug der Stadt Dietikon, hat dazu geführt, dass sich eine neue Vorzugsvariante herauskristallisiert hat. Diese Variante hat bei der Beurteilung klar am besten abgeschnitten und weist folgende Linienführung auf: Birmensdorferstrasse - Zürcherstrasse - Poststrasse - Bhf. Dietikon-Ostseite - Kirchplatz (abschnittsweise gleiches Trasse mit BDWM) - Zentralstrasse - Badenerstrasse - Niderfeld. Die Limmattalbahnen AG und der Stadtrat Dietikon haben sich gemeinsam für diese Linienführung ausgesprochen.

4. Die Planung einer Stadtbahn in einem weitgehend überbauten Gebiet wie dem Limmattal stellt eine grosse Herausforderung dar. Es muss auf verschiedene vorhandene Rahmenbedingungen Rücksicht genommen werden. Eine optimale Linienführung ist deshalb ein Kompromiss aus der Abwägung der Vor- und Nachteile verschiedener Lösungsmöglichkeiten. Die gewählte Linienführung wird als gut bewertet bezüglich des Bereichs "Trasse" (Anteil Eigentrassee/Mischflächen, Konfliktpotenzial mit MIV / LV, Fahrdynamik / Betriebsqualität). Der Grund für diese Bewertung ist die Führung entlang der Zürcher- bzw. Badenerstrasse, wo teilweise ein hoher Anteil an Eigentrassee realisiert werden kann, was gepaart mit dem geraden Streckenverlauf eine gute

Fahrdynamik ermöglicht. Hier sind auch die Konflikte mit dem motorisierten sowie mit dem Langsamverkehr am geringsten. Auch im "übergeordneten Bereich" schneidet diese Linienführung am besten ab. Da die Platzverhältnisse genügend sind, müssen keine Liegenschaften beansprucht werden bzw. ist keine aufwendige Trasseeführung notwendig, was sich positiv auf die Kosten auswirkt. Zudem lässt sich die gewählte Linienführung städtebaulich gut in die vorhandenen Strukturen integrieren.

Auch im Bereich "Haltestellen" wird die Variante als gut bewertet. Die Vorteile einer Linienführung auf der Zürcherstrasse sind bereits erwähnt worden. Weiter ermöglicht diese Lösung die Platzierung einer Haltestelle an der Birmensdorferstrasse im Einmündungsbereich in die Zürcherstrasse gut hundert Meter von der S-Bahnstation Glanzenberg entfernt. Dies verbessert die Verknüpfung der Stadtbahn mit der S-Bahn, was für den Benutzungskomfort der Fahrgäste von grossem Vorteil ist. Dafür muss bezüglich der Haltestellenzugänglichkeit entlang der Zürcherstrasse ein Kompromiss eingegangen werden, da diese aufgrund der Lage am Siedlungsrand nicht optimal ist. Dies betrifft jedoch nur eine Haltestelle. Bei einer Linienführung entlang der Schöneeggstrasse wäre das Fahrgastpotenzial gegenüber der gewählten Variante etwas höher gewesen, hätte aber mit anderen Nachteilen (enge Platzverhältnisse, zusätzliche Kurven etc.) erkaufte werden müssen.

5. Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit der erwähnten Linienführung eine für Dietikon optimale Lösung gefunden worden ist. Er hat jedoch zur Wahrung der spezifischen Interessen der Stadt verschiedene begleitende Massnahmen verlangt. Dies sind namentlich:

Der für die Einführung der Stadtbahn Limmattal notwendige Doppelspurausbau der BDWM vom Bahnhof Dietikon über den Kirchplatz bis zur Zentralstrasse soll entlang der Bremgartnerstrasse bis zur Haltestelle Stoffelbach weitergeführt werden, um die bisher ungünstige Situation des Bahnbetriebs in der Bremgartnerstrasse lösen zu können.

Die notwendigen Verkehrskapazitäten für die Durchleitung des motorisierten Individualverkehrs an den kritischen Knoten (Zentral- / Bremgartnerstrasse und Badener- / Überlandstrasse) müssen nachgewiesen werden. Falls beim Knoten Badener- / Überlandstrasse die Kapazität nicht ausreichen sollte, ist eine niveaufreie Kreuzung zu realisieren. Eine allfällige Hochlage der Bahn könnte mit der Anbindung an ein öffentliches Parkhaus in diesem Bereich kombiniert werden.

Die für die Funktionsfähigkeit der Limmattalbahnen notwendigen Elemente der Zentrumsentlastung in Dietikon müssen dargelegt werden. Dabei ist die Entlastung auf das minimal Notwendige zu beschränken, insbesondere auf die Umlenkung des Durchgangsverkehrs. Die Erreichbarkeit des

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Zentrums mit dem motorisierten Individualverkehr muss gewährleistet bleiben.

In den Bereichen mit Eigentrasse der Stadtbahn muss die Zufahrt der angrenzenden Grundstücke gewährleistet werden, beispielsweise mit Quermöglichkeiten des Trassees, sodass die Gewerbebetriebe uneingeschränkt erreicht werden können.

Bei der Kreuzung Zentral- / Bremgartnerstrasse ist zu prüfen, inwieweit eine Querung der Kreuzung durch Bahn und Bus in der gleichen Signalphase möglich wäre. Die Signalanlage ist an den Stand der heutigen Technik anzupassen.

6. Der Bau der Limmattalbahn genießt die volle Unterstützung des Stadtrates. Dieses neue Verkehrsmittel ist für die Bewältigung des Verkehrs in zehn bis zwanzig Jahren von grosser Bedeutung. Nachdem sich der Stadtrat an der Sitzung vom 24. Januar 2011 zustimmend zur Linienführung geäußert hat, wird er diesen Entscheid am 31. Januar 2011 anlässlich einer Medienorientierung der Öffentlichkeit kommunizieren.
7. Die gewählte Linienführung weicht von derjenigen ab, welche im kantonalen Richtplan eingetragen ist. Die Limmattalbahn AG wird die Richtplanänderung umgehend beantragen. Für die Richtplanänderung wird mit einem Zeitbedarf von ca. neun Monaten gerechnet. Die Planungsarbeiten werden gleichzeitig weitergeführt.
8. Nachdem die Linienführung in Dietikon geklärt ist, muss das Vorhaben weiter konkretisiert werden. Der Stadtrat schlägt vor, dass diese Arbeiten von wichtigen Anspruchsgruppen begleitet werden, damit ihre Anliegen in die weitere Planung einfließen können. Es soll dafür eine Begleitgruppe mit beispielsweise Vertretern der Vereinigung Zentrum Dietikon, dem Quartierverein Schönenwerd oder dem Gewerbeverein gebildet werden.
9. Die Limmattalbahn endet am Bahnhof Altstetten in der Stadt Zürich. An diesem Punkt und an der Haltestelle Farbhof bestehen Umsteigemöglichkeiten zu zahlreichen Bus- und Tramlinien sowie zur S-Bahn. Dadurch ist die Einbindung ins VBZ-Netz gewährleistet. Der Stadtrat wird sich dafür einsetzen, dass die Limmattalbahn auf dem Netz der VBZ ins Stadtzentrum weitergeführt wird.

Diskussion:

Cécile Mounoud (CVP) stellt fest, dass es schon eine Weile her ist, seit die Interpellation eingereicht wurde. Seither wurde einiges zu diesem Thema unternommen, auch wenn es sich nicht alle so vorgestellt hatten. Kriterien, nach welchen Varianten die Linienführung beurteilt wurden, sind unterschiedlich gewichtet worden. Es ist jedoch nicht erklärt, weshalb sie so gewichtet worden sind. Auch das Niderfeld wird mit einer Variante nur halb erschlossen sein. Es gibt eine Variante, die der Stadtrat unter Ausschluss der Öffentlichkeit bewertet hat. Der Stadtrat schreibt, dass es sich dabei um einen Kompromiss handelt. Im Weiteren wird begründet, dass der MIV und der öV miteinander funktionieren müssen. Ob es wirklich so realisiert werden kann, oder nur ein Wunsch bleibt, ist abzuwarten. Die Vereinigung Zentrum Dietikon, der Gewerbeverein usw. hätten mitwirken wollen. Es ist nicht klar, wie weit diese auch mitwirken konnten. Es ist ein grosses Projekt. Der Prozess muss deshalb sorgfältig weiter gehen.

Rosmarie Joss (SP) stellt fest, dass es im Rahmen der Planung für diese oder jene Linienführung immer gute Gründe gab. Es ist wichtig, die bestmögliche Linienführung zu wählen und sich für einen solchen Entscheid genügend Zeit zu nehmen. Die Wahl der Linienführung hat nun aber ein Jahr länger gedauert. Wenn man sich schon soviel Zeit nimmt und braucht, hätte man auch eine bessere Kommunikation mit der Bevölkerung führen können. Das hat man jedoch nicht getan. Der Stadtrat muss sich fragen, ob das gut war. Das Vorhaben ist ein wichtiger und grosser Schritt für Dietikon. Dazu muss die Bevölkerung miteinbezogen werden. Es ist gut, dass es eine Begleitgruppe gibt.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Hoffentlich ist es keine Alibiübung. Es ist zu hoffen, dass der Stadtrat gemerkt hat, dass man einen Entscheid mit so weitgehender Auswirkung nicht ohne eine breite Abstützung treffen kann.

Christiane Ilg (EVP) meint, dass aus dem Blick des Stadtrates alle Punkte differenziert beantwortet wurden. Den speziellen Punkten dieser Planung war eine grosse Aufmerksamkeit gewidmet. Die EVP-Fraktion hat Vertrauen, dass die weitere Planung mit den verschiedenen Interessengruppen gute Lösungen bringen wird. Eine gute Lösung zu finden ist für das ganze Limmattal und alle Verkehrsteilnehmer wichtig.

Ueli Bayer (FDP) stellt fest, dass man die angekündigten Verkehrsmodelle prüfen und beurteilen soll, nachdem man in der Zwischenzeit mehr Erfahrung hat. Wichtig ist, dass die Frage der Linienführung nicht in eine Schlacht oder politische Debatte hinausläuft. Der Stadtrat soll nun das Projekt in Ruhe weiter bearbeiten können.

Josef Wiederkehr (CVP) meint ebenfalls, dass man den Stadtrat nun in Ruhe arbeiten lassen soll. In der Vergangenheit wurde schon viel geplant und beraten. Es wurde versprochen, dass eine Begleitgruppe eingesetzt wird, die ihre Arbeit aber bisher noch nicht aufgenommen hat. Man muss nun endlich vorwärts machen, sonst ist der Zug irgendwann abgefahren.

Lucas Neff (Grüne) stellt fest, dass sich die Grünen freuen, wenn das "Bähnli" realisiert wird.

G3.034. Märkte, Ausstellungen, Messen

Dietiker Märt

Postulat

Martin Romer, Mitglied des Gemeinderates, und 19 Mitunterzeichnende haben am 8. März 2011 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich fordere den Stadtrat auf, die organisatorische Federführung zu übernehmen, um den "Dietiker Märt" ins Leben zu rufen und dementsprechend sein Engagement zielorientiert in dieser Sache zu verstärken.

Begründung

Anlässlich der Beantwortung der Kleinen Anfrage Neuenschwander vom September 2010 legt der Stadtrat u.a. dar, dass der langjährige Veranstalter 2010 kein Gesuch eingereicht hätte für die Chilbi 2010. Es sei u.a. mangelndes Interesse der Schausteller und der ungeeignete Standort Zelgliplatz für diesen Entscheid mitverantwortlich. Versuche mit zusätzlichem Standort Zentral und die Aufforderung der Vereine zur Mitarbeit seien erfolglos geblieben. Die Stadt sei sehr an einem lebendigen Kultur- und Vereinsleben sowie attraktiven Veranstaltungen interessiert. Die Stadt sei Bewilligungsinstanz und stelle die Infrastruktur zur Verfügung. Die Chilbi soll grundsätzlich durch Angebot und Nachfrage gesteuert werden und sich nach dem Bedürfnis der Dietiker Bevölkerung richten.

Sicherlich ist das Bedürfnis der Dietiker Bevölkerung vorhanden. Es soll nunmehr das Angebot der Nachfrage angepasst werden. Ohne die vorzügliche Arbeit des bisherigen Organizers schmälern zu wollen, hat die "Chilbi" die Bevölkerung scheinbar nicht angesprochen. Offensichtlich war sie dergleichen spärlich in den Angeboten und der Grösse, dass das Interesse der Bevölkerung nicht abgeholt werden konnte. Der Standort scheint ungeeignet zu sein aus platz- und verkehrstechnischen Gründen. Eine Stadt von der Grösse Dietikons hat mehr verdient als eine "Mini-Dorfchilbi". Wer sonst hätte die geeigneteren Möglichkeiten, bezüglich Organisationsstruktur und Arbeitskräften als Organisor aufzutreten, wenn nicht die Stadt? Der Stadtrat soll hier das Heft in die Hand

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

nehmen und beweisen, dass er "interessiert ist an lebendigen, attraktiven Veranstaltungen". Bewilligungsinstanz und Infrastrukturgeber sein reicht m.E. nicht aus und es scheint mir, dass es sich der Stadtrat diesbezüglich etwas zu einfach macht. Als einer, der in Uster aufgewachsen ist und rund 20 Jahre dort gelebt hat, komme ich nicht umhin, das Beispiel des Usterer Märts zu erwähnen. Seit Jahrzehnten funktioniert dieser Anlass und führt Wartelisten für Marktfahrer, da die Nachfrage der Schausteller grösser ist, als das Angebot – auch dieser Markt wurde vor vielen Jahrzehnten einmal das erste Mal durchgeführt ... Das Einzugsgebiet von Besuchern erstreckt sich heute im Norden bis nach Winterthur, im Süden bis zur Goldküste, im Osten bis zur Umgebung Stadt Zürich und im Westen weit ins Tösstal hinein. Organisiert und geführt wird der Anlass durch ... "Die Stadt, Sicherheitsabteilung, Verwaltungspolizei."

Temporäre personelle Unterstützung für Organisation, versiertes Marketing im Vorfeld, Bewerbung der Schausteller und Marktfahrer sowie Nachbearbeitung zur Weiterentwicklung etc. generieren sicherlich Kosten. Ebenso sicher würde m.E. aber auch die positive Ausstrahlung, welcher der Dietiker Markt zeitigen würde, die Kosten aus stadtmaking-technischer Sicht schlussendlich durch ein Mehrfaches an Nutzen deutlich amortisieren.

Der Dietiker Markt soll:

An einen grosszügigeren Standort im Raum Allmend, Fondli, Stadthalle, aus dem engen Zentrum Dietikons hinaus, verlegt werden (beiliegende Pläne). Shuttlebusse sollen Besucher, welche nicht zu Fuss zum Dietiker Markt gelangen können, dorthin führen. Er soll immer am gleichen Datum im Jahr stattfinden und sich so etablieren in der Besucher-Agenda. Ein Vorschlag wäre: immer das letzte September-Wochenende, Freitag ab 15 Uhr, Samstag ganzer Tag bis 22 Uhr und Sonntag bis 16 Uhr. Die ganze Schule Dietikon soll am Freitagnachmittag und Montagmorgen "Dietiker-Markt-frei" erhalten (Montagmorgen: Abräumen der Bahnen etc. = Schüler-Sicherheit - viel Schwerverkehr!). Beiliegend zum Postulat werden Pläne mit Standortvorschlag (bearbeitet von Ueli Bayer, Verkehrsexperte), sowie Musterpapiere der Stadt Uster als Anregung mitgegeben, verbunden mit der höflichen Aufforderung an den Stadtrat, mit der Stadt Uster Kontakt aufzunehmen. Ziel ist es meinerseits, "das Rad nicht selber neu zu erfinden" und andererseits beratend mehr über Organisationsläufe, Durchführungs-Know-how eines grossen Stadtmarktes sowie z.B. Marktfahrer- und Schausteller-Adresslisten etc. für die erfolgreiche Organisation des ersten "Dietiker Märts 2012", beizusteuern.

Die Chilbi ist gestorben - es lebe der Dietiker Markt!"

Mitunterzeichnende:

Roger Bachmann	Rochus Burtscher	Stephan Wittwer	Jörg Dätwyler
Alfons Florian	Julia Neuenschwander	Ueli Bayer	Philipp Müller
Ralph Hofer	Irene Wiederkehr	Erich Burri	Lucas Neff
Esther Wyss-Tödtli	Markus Erni	Samuel Spahn	Christiane Ilg-Lutz
Werner Hogg	Thomas Wirth	Adrian Larcher	

Begründung:

Martin Romer (FDP) erklärt, dass 2010 die Chilbi mangels Organisator nicht durchgeführt wurde. Die Gründe dafür liegen offenbar bei mangelndem Interesse der Schausteller, ungeeignetem Standort beim Zelgliplatz sowie den gescheiterten Versuchen bei der Zusammenarbeit mit den Vereinen bzw. dem Zusatzstandort Schulhausplatz Zentral. Zudem bemerkte der Stadtrat, dass die Chilbi durch Angebot und Nachfrage gesteuert werden soll. Der Stadtrat scheint es sich hier recht einfach zu machen. Eine entscheidende Aussage des Stadtrates ist: "Die Stadt sei sehr an einem lebendigen Kultur- und Vereinsleben sowie attraktiven Veranstaltungen interessiert". Dieser Meinung soll er Taten folgen lassen. Dietikon hat mehr verdient als eine Mini-Chilbi und die Nachfrage soll durch ein entsprechendes Angebot befriedigt werden. Ein gutes Beispiel ist der Usterer Markt. Er wurde vor

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Jahrzehnten eingeführt und erfreut sich grosser Beliebtheit. Der Anlass wird durch die Stadt Uster organisiert und durchgeführt.

Der Dietiker Markt soll an einen grosszügigeren Standort, z. B. in den Raum Allmend, Fondli, Stadthalle, aus dem engen Zentrum Dietikons hinaus verlegt werden. Es könnten Shuttle-Busse eingeführt werden. Der Markt soll jedes Jahr zur gleichen Zeit (z. B. am letzten Wochenende im September) und vom Freitagmittag bis Sonntagabend stattfinden. Die Schüler sollten am Freitagnachmittag und am Montagmorgen schulfrei haben. Der Anlass würde sicherlich etwas kosten. Andererseits hat ein Dietiker Markt auch einen positiven Strahlungseffekt, um die Stadt überregional bekannt zu machen. Dem Postulat liegen bereits Standort-Vorschläge sowie Musterpapiere der Stadt Uster bei. Der Stadtrat wird gebeten, sich mit Uster in Verbindung zu setzen. Die umfangreichen Beilagen dienen übrigens vor allem dazu, bereits konkrete Vorschläge einzureichen, mit denen praxisbezogen weiter gearbeitet werden kann.

Das Postulat soll unterstützt werden, damit der Stadtrat an die Arbeit gehen kann. Goethe sagte schon: "Es ist nicht genug zu wissen - man muss auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen - man muss auch tun."

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen. Nachdem kein anderer Antrag gestellt wird, gilt es als überwiesen.

V2.24.1. Bremgarten-Dietikon-Bahn

Schienezustand der Bremgarten-Dietikon-Bahn

Bericht Postulat

Martin Romer, Mitglied des Gemeinderates, und 16 Mitunterzeichnende haben am 4. November 2010 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich fordere den Stadtrat auf, schnellstmöglich bei der Direktion der Bremgarten-Bahn-Dietikon (BDWM) vorstellig zu werden. Er soll bewirken, dass die Schienenstränge in der Bremgartnerstrasse, im Abschnitt Haltestelle Schöneeggstrasse bis Kirchplatz, saniert werden. Es sollen die Lärmmissionen und insbesondere die Erschütterungen, welche durch die Bahn verursacht werden, mit geeigneten Sanierungsmassnahmen auf ein für die Anwohner erträgliches Mass gesenkt werden.

Die Lautstärke und die Erschütterungen beim Vorbeifahren der BDB war bis anhin stets eine Auflage, welche diverse Anstösser auf dem Gemeindegebiet Dietikons, insbesondere im Abschnitt Haltestelle Schöneeggstrasse bis Kirchplatz, nicht eben mit einem Freudenschrei über sich ergehen liessen.

Der schlechte Zustand des Gleiskörpers und der Einsatz der neuen Triebzüge führen dazu, dass die Lärmbelastung und vor allem die Intensität der Erschütterungen erheblich zugenommen haben. In jüngster Zeit sind Reklamationen von Liegenschaftseigentümern, Mietern und Geschäftstreibenden an der Tagesordnung. Die intensiven Erschütterungen, zum Beispiel, geben den Bewohnern und Kunden im Bereich Bremgartnerstrasse 1 das Gefühl, von einem kleinen Erdbeben heimgesucht zu werden. Hält man sich auf der Strasse auf, beim Vorbeifahren der BDB, muss ein Gespräch unterbrochen werden, da der Lärmpegel dergleichen hoch ist, dass man sein eigenes Wort nicht mehr versteht. Lärm- und Erschütterungsmessungen würden sicherlich die unhaltbaren Gegebenheiten aufzeigen.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Öffentliche Verkehrsmittel und deren Nutzung sind zu begrüßen - wenn allerdings die Gegebenheiten in Sachen Lärm und Erschütterungen das aktuelle Mass annehmen, ist dringend Handlungsbedarf angezeigt."

Philipp Müller
Ueli Bayer
André Arnet
Cécile Mounoud
Rochus Burtscher
Max Wiederkehr

Lucas Neff
Angela Gullo
Catherine Peer
René Stucki
Rosmarie Joss

Peter Wettler
Rolf Steiner
Ernst Joss
Roger Bachmann
Irene Wiederkehr

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 9. Dezember 2010 das Postulat an den Stadtrat überwiesen, der dazu wie folgt Bericht erstattet:

Das Gleis der BDWM-Bahn, im Abschnitt Schöneeggstrasse bis Kirchplatz, wurde letztmals 1997 total erneuert. Die Schienen wurden dabei direkt in Beton eingelassen und der Asphaltbelag fugenlos eingebracht. Um Lärm- und Erschütterungsemissionen möglichst gering zu halten, wird heute zwischen Schiene, Beton und Asphalt zusätzlich dämpfendes Material eingebaut. Hinzu kommt, dass heute die Bahn im 15-Minuten-Takt fährt. Bei einspurig verkehrender BDWM-Bahn bedeutet dies, dass alle 7.5 Minuten ein Zug über das Gleis fährt.

Da Handlungsbedarf gegeben ist, erfolgten Abklärungen vor Ort mit Vertretern der BDWM Transport AG über den Zustand des Gleises. Dabei wurden im Abschnitt Kirchplatz bis Schöneeggstrasse an mehreren Orten sog. Riffelbildungen an der Schienenoberfläche und Belagsverformungen entlang der Schienen festgestellt, welche die hohen Geräuschemissionen verursachen können. Vor sieben Jahren wurden sie letztmals abgeschliffen.

Am Wochenende vom 1. bis 3. April 2011 wird deshalb im Zusammenhang mit den anstehenden Gleisbauarbeiten in Rudolfstetten der Bahnbetrieb eingestellt. Geplant sind Schienenschleifarbeiten zur Wiederherstellung des Schienenprofils sowie Belagsfräsarbeiten für den nachträglichen Einbau einer dämpfenden Trennungsfuge zwischen Belag und Schiene.

Als Sofortmassnahme wurde das Personal angehalten, gleichmässiger zu fahren und eine Fahrweise zu wählen, die es erlaubt, auf Sichtdistanz anzuhalten.

Vorgängig zu den Sanierungsarbeiten erfolgen Lärm- und Erschütterungsmessungen im Bereich der Bremgartnerstrasse 1. Dabei werden alle durchfahrenden Zugtypen erfasst. Im Mai 2011 erfolgt wiederum eine Kontrollmessung an den gleichen Punkten.

Da das Postulat in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt, gilt es mit diesem Bericht gemäss § 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates als erledigt.

Diskussion:

Martin Romer (FDP) erklärt, dass im März und Mai die BDWM Lärm- und Erschütterungsmessungen durchgeführt hat und im April wurde der Gleiskörper saniert. Offensichtlich ist ein guter Unterhalt des Gleiskörpers wichtig. Es ist daher zu hoffen, dass die Bahn künftige Sanierungen selbstständig vornimmt und nicht wieder reklamiert werden muss. Die Anwohner werden mit Argusaugen und Fledermausohren die aktuell tolle Fahrruhe "überwachen" und sie aber auch entsprechend geniessen. Den Kolleginnen und Kollegen dankt Martin Romer für die breite Unterstützung und dem Stadtrat für die rekordverdächtige Behandlung des Postulates und das Engagement. Den Bahnverantwortlichen gebührt der Dank für das Ernstnehmen der Anliegen und die Bemühungen, verbunden mit der Hoffnung, dass die Zusammenarbeit künftig reibungsloser funktioniert.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

E2.13. Kraftwerke

Wasserwirbelkraftwerk

Bericht Postulat

Peter Wettler, Mitglied des Gemeinderates, und 12 Mitunterzeichnende haben am 9. September 2010 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich lade den Stadtrat ein, zusammen mit den zuständigen kantonalen Stellen zu prüfen, ob in den Bächen der Stadt der Einbau von sogenannten Wasserwirbelkraftwerken möglich ist. Diese Wasserwirbelkraftwerke sind umweltfreundlich und stören Fische und Kleinlebewesen nicht. Ausserdem durchlüften sie das Wasser und verbessern so die Wasserqualität. Bei einer Durchflussmenge von einem Kubikmeter pro Sekunde beträgt die zu erwartende Leistung etwa 90'000 kWh, was dem Jahresbedarf von 20 Haushalten entspricht.

Wasserwirbelkraftwerke sind international patentrechtlich durch Dipl.-Ing. Franz Zotlöterer geschützt und dürfen ohne Patentlizenzvertrag weder hergestellt noch betrieben werden. Die Kosten einer Anlage belaufen sich auf etwa 300'000 Franken. Die Anlage kann als KEV-Werk angemeldet werden.

Die ARGE "Wasserwirbelkraftwerke Schweiz" (www.gwwk.ch) hat mit dem österreichischen Dipl.-Ing. Franz Zotlöterer einen Patentlizenzvertrag abgeschlossen und hat das exklusive Lizenzrecht für die Schweiz, Wasserwirbelkraftwerke zu planen, zu bauen und zu betreiben.

In Schöffland (AG) ist in der Suhre das erste Werk in der Schweiz bereits in Betrieb und wird am 25. September 2010 feierlich eingeweiht (im Beisein von Regierungsrat Urs Hofmann und dem Umwelt-Pionier Bertrand Piccard). Weitere Wasserwirbelkraftwerke sind geplant, u. a. in Dübendorf (Glatt) und Bülach (Glatt)."

Mitunterzeichnende:

Anton Kiwic
Rolf Steiner
Rosmarie Joss
Catherine Peer

Angela Gullo
Ernst Joss
Lucas Neff
Samuel Spahn

Adrian Larcher
Cécile Mounoud
Max Wiederkehr
Pius Meier

Der Gemeinderat hat das Postulat am 7. Oktober 2010 an den Stadtrat überwiesen, der dazu wie folgt Bericht erstattet:

Das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) erarbeitet zur Zeit Standards für Kleinwasserkraftwerke im Kanton Zürich. Gemäss AWEL sind in Dietikon zwei Standorte an der Reppisch bezüglich Kleinwasserkraftwerke prüfenswert. Es sind dies zwei Abstürze / Schwellen in der Reppisch, der eine in der Grunschen beim Zufluss zum Marmorweiher, der andere oberhalb der Velobrücke zwischen der Bergstrasse und der oberen Reppischstrasse.

Die ARGE "Wasserwirbelkraftwerke Schweiz" hat an der Surb in Tegerfelden eine Machbarkeitsstudie für ein Wasserwirbelkraftwerk durchgeführt. Die Wasserführung der Surb ist vergleichbar mit der Wasserführung der Reppisch. Die Studie zeigt, dass keine wirtschaftlich tragbare Stromproduktion erreicht werden kann, es sei denn, ein Teil der Investitionen wird nicht dem Kraftwerk belastet.

Würde der Bau des Wasserwirbelbeckens vom Kanton als Fischdurchgängigkeitsmassnahme gebaut und finanziert, könnte dadurch eine wirtschaftlich tragbare Stromproduktion ermöglicht werden.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Die Stadt Dietikon beabsichtigt, gemeinsam mit dem AWEL eine "Konzeptplanung Reppischraum" mit den drei Hauptschwerpunkten Hochwasserschutz, Ökologie und Erholung zu erstellen. Beim Thema Ökologie würde auch die Fischdurchgängigkeit der Reppisch behandelt. Dies ergäbe die Möglichkeit, an den zwei möglichen Standorten für Kleinwasserkraftwerke die Erstellung eines Wasserwirbelkraftwerkes insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Landschaftsverträglichkeit zu prüfen.

Da der Inhalt des Postulates in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt, gilt es mit diesem Bericht gemäss § 56 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates als erledigt.

Diskussion:

Peter Wettler (SP) bedankt sich beim Stadtrat für die differenzierte Postulatsbeantwortung und freut sich über die Ausführungen, wonach das Anliegen zumindest prüfenswert sei. Als das Postulat Ende August 2010 verfasst wurde, hat die Reppisch ziemlich genau einen Kubikmeter Wasser pro Sekunde geführt. Bevor gegen Ende letzter Woche der Regen eingesetzt hat, sind nur noch 0,25 Kubikmeter Wasser die Reppisch hinunter geflossen. Das ist viel zu wenig, um ein Wasserwirbelkraftwerk wirtschaftlich betreiben zu können. Das EKZ Limmat-Flusskraftwerk fährt zurzeit mit einer um 30 % geringeren Leistung, wegen des Wassermangels. Auch in der Suhre - sie treibt in Schöffland ein Wasserwirbelkraftwerk an - fliesst in der Regel ein Kubikmeter Wasser pro Sekunde. Jetzt, wegen der grossen Trockenheit, sind es aber ebenfalls nur 0,4 Kubikmeter/Sekunde. Das Wasserwirbelkraftwerk liefert im Jahresdurchschnitt, seit November 2009, trotzdem 110'000 KWh Strom. Das reicht für gut 20 Haushalte. Das Gefälle muss nicht gross sein, um einen Wirbel zu erzeugen. Deshalb sind die Eingriffe in die Natur äusserst minimal. Besonders beeindruckend ist, dass Fische und Krebse ungehindert hindurchschwimmen oder krabbeln können. Ein Wasserwirbelkraftwerk ist also im Gegensatz zu einem Turbinenkraftwerk fischdurchgängig.

Ein allfälliges Projekt könnte nur in enger Zusammenarbeit mit dem AWEL, dem kantonalen Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, realisiert werden. Die EKZ haben ein starkes Interesse an Wasserwirbelkraftwerken. Die EKZ haben sich übrigens mit einem namhaften finanziellen Betrag am Pilotprojekt in Schöffland beteiligt. Peter Wettler hofft, dass ein Weg gefunden werden kann, um auf Stadtgebiet ein solches Wasserwirbelkraftwerk zu realisieren.

B1.143. Gestaltungsplan Limmatfeld (Rapid)

Limmatfeld "Unsere kleine Stadt"

Interpellation

Ueli Bayer, Mitglied des Gemeinderates, und 22 Mitunterzeichnende haben am 7. April 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"Der neue Stadtteil Limmatfeld bekommt mit den nun beiden bereits stehenden Bauten "Lindenhof und Westhöfe" langsam sein Gesicht, inzwischen ist auch der Grundstein der Überbauung "Zedernhof" gelegt worden. Es ist daher von Interesse, zu wissen, ob nicht nur bedingt durch den Baufortschritt der zeitliche Ablauf des Gesamtkonzeptes eingehalten werden kann, sondern auch, ob bereits Interessen von Gewerbetreibenden, Laden- und Wohnungssuchende vorliegen. Ein Auskunftsbedarf besteht auch in Bezug auf die Planung der Verbindung des neuen Stadtteils mit dem "südlichen" Dietikon. Der direkte Weg wird durch die SBB-Anlage unterbrochen. Bahnhof, Post, Stadthaus und die Quartiere auf der anderen Seite sollten aber ohne Umwege erreichbar sein. Im Weiteren wird in der Bevölkerung über die Auswahl der Strassennamen diskutiert.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Kann der zeitliche Ablauf des Gesamtkonzeptes wie geplant eingehalten werden?*
- 2. Sind die Investoren für alle weiteren Bauvorhaben bereits bekannt?*
- 3. In welchen Gebäuden ("Höfen") sind Schulräume vorgesehen?*
- 4. Wie wird der Rapidplatz gestaltet und genutzt?*
- 5. Ist bereits ein Interesse von Gewerbetreibenden, Laden- und Wohnungssuchenden vorhanden?*
- 6. Wie sieht die verkehrstechnische Anbindung des neuen Stadtteiles mit dem Zentrum und den oben erwähnten "südlich" gelegenen Quartieren und Örtlichkeiten aus?*
- 7. Wie begründet der Stadtrat die Wahl der vorgesehenen Strassennamen?"*

Mitunterzeichnende:

Ernst Joss	Rosmarie Joss	Catherine Peer	Julia Neuenschwander
Samuel Spahn	Philipp Müller	Irene Wiederkehr	Esther Wyss-Tödtli
Max Wiederkehr	Martin Romer	Josef Wiederkehr	Lucas Neff
Ralph Hofer	Trudi Frey	André Arnet	Peter Wettler
Christiane Ilg-Lutz	Anton Kiwic	Angela Gullo	Rolf Steiner
Adrian Larcher	Werner Hogg		

Begründung:

Ueli Bayer (FDP) erklärt, dass der neue Stadtteil nun ein Gesicht erhält. Es ist sicher für uns alle von Interesse, ob der Baufortschritt zeitlich eingehalten werden kann. Es ist aber auch wichtig, wie es für das Gewerbe weiter geht. Im Trio ist es offenbar nicht sehr einfach, Wohnungen zu vermieten. Im Limmattfeld muss ein Anschluss an die Bahn und den öV im Allgemeinen realisiert werden. Das Quartier darf nicht abgetrennt werden. Die gewählten Strassenbezeichnungen sind etwas seltsam. Der Stadtrat kann zu diesen Bezeichnungen sicherlich auch Ausführungen machen.

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

S3.14. Strassenverzeichnis

Strassennamen

Interpellation

Lucas Neff, Mitglied des Gemeinderates, und 12 Mitunterzeichnende haben am 7. April 2011 folgende Interpellation eingereicht:

"In Dietikon sind in letzter Zeit im Limmattfeld diverse Strassen und Plätze neu benannt worden. Bei an der lokalen Geschichte interessierten Kreisen sind diverse Bezeichnungen auf wenig Verständnis gestossen, darunter auch bei der Neujahrsblattkommission und bei der Kommission für Heimatkunde.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

- *Etwa die Marmorstrasse. Die namensgebende Marmorfabrik lag beim Marmorweiher an der Reppisch. Zudem wird die Bezeichnung der Marmorstrasse weitab vom Marmorweiher künftig zu diversen Verwechslungen führen.*
- *Die Rotfarbstrasse müsste ebenfalls an der Reppisch liegen, in der Nähe vom ursprünglichen Ort. Ins Limmatfeld passen würde eine Webereistrasse in Erinnerung an die einst grösste Arbeitgeberin von Dietikon.*
- *Verwirrlich ist auch der Begriff Westhöfe, gibt es doch bereits den Westhof an der Steinmürlistrasse.*

Personennamen sind grundsätzlich weniger ortsgebunden. Allerdings wäre ein klarer Bezug zu Dietikon der mit einer Strasse in Dietikon geehrten Person wünschenswert. Fragwürdig ist die Bezeichnung einer Alfred Comte-Strasse, da dieser Aviatik-Pionier nie in Dietikon gewohnt oder gearbeitet hat. Sein Arbeitsplatz befand sich in Spreitenbach auf dem Flugplatz und er wohnte in Zürich.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- *Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, diese verfehlten Namensgebungen zu korrigieren?*
- *Was sieht der Stadtrat vor, damit künftig derartige Falschbezeichnungen vermieden werden können?"*

Mitunterzeichnende:

Adrian Larcher	Peter Wettler	Catherine Peer	André Arnet
Rosmarie Joss	Samuel Spahn	Angela Gullo	Max Wiederkehr
Josef Wiederkehr	Erich Burri	Trudi Frey	Gabriele Olivieri

Begründung:

Lucas Neff (Grüne) erklärt, dass das Limmatfeld wächst und daher die neuen Örtlichkeiten auch irgendwann Namen brauchen. Der Stadtrat hat nun die Namen bestimmt. Diese sind vor allem in historisch bewanderten Kreisen auf Unverständnis gestossen. Alle kennen den Marmorweiher und das damalige Werk in jenem Gebiet. Ein Teil der Marmor sind noch vorhanden. Wieso soll nun eine Strasse an einem völlig anderen Ort mit diesem Namen entstehen? Die Rotfarbe ist an der Reppisch gewesen. Dietikon ist überhaupt eine "Reppisch-Stadt" und nicht eigentlich eine Limmatstadt. Die Rotfarbstrasse ist am falschen Ort. Es werden auch Personen mit Strassen benannt, die keinen Zusammenhang mit den Örtlichkeiten haben. In das Gebiet Limmatfeld würde eher eine Webereistrasse passen.

Ratspräsident René Stucki stellt fest, dass dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation gemäss § 57 der Geschäftsordnung drei Monate zur Verfügung stehen.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

F5.6. Sozialplanung, Sozialforschung

Analyse Sozialabteilung

Postulat

Werner Hogg, Mitglied des Gemeinderates, und 9 Mitunterzeichnende haben am 7. April 2011 folgendes Postulat eingereicht:

"Ich ersuche den Stadtrat, eine externe Fachstelle mit einer Analyse der Sozialabteilung der Stadt Dietikon zu beauftragen.

Begründung:

Der Aufwandüberschuss der Sozialabteilung erhöht sich im Voranschlag 2011 gegenüber dem Vorjahr um 4.8 Mio. Franken. Die Sozialabteilung beansprucht bereits 39 % aller Bruttoausgaben der Stadt. Die finanziellen Möglichkeiten der anderen Abteilung werden stark eingeschränkt und die wirtschaftliche Weiterentwicklung unserer Stadt ist gefährdet. Gleichzeitig wird der Druck seitens Bund und Kanton immer grösser, weil Aufgaben und Lasten auf die Gemeinden verlagert werden.

Unter diesen Voraussetzungen muss sichergestellt sein, dass unsere Sozialabteilung optimal funktioniert und dass kein Franken zu viel ausgegeben wird, weder aufgrund von organisatorischen Mängeln noch aufgrund einer falschen Auslegung der bestehenden Vorgaben und Richtlinien. Die Analyse der Sozialabteilung sollte deshalb folgende Themen umfassen:

- *Umfang der vorhandenen Ressourcen und der Führungsprinzipien*
- *Arbeitsprozesse, Abläufe, Dokumentation und Kontrollen*
- *Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen und Behörden*
- *Durchsetzen der gesetzlichen Vorgaben und Richtlinien*
- *Relevanz der SKOS Richtlinien, Beurteilung des Ermessensspielraums*
- *Attraktivität der Stadt für Sozialhilfebezüger*

Der genaue Prüfungsumfang soll selbstverständlich durch die beauftragten Fachleute festgelegt werden. Einen Schwerpunkt sollten aber die kostenintensiven Bereiche Gesetzliche Wirtschaftliche Hilfe und Zusatzleistungen zur AHV/IV bilden.

Vom Bericht zur Analyse erwarte ich, dass er aufzeigt, wo Verbesserungspotential in Bezug auf Prozesse und Organisation vorhanden ist und welche Standards vorgegeben werden müssen, damit die Höhe der Auszahlung minimiert werden kann."

Mitunterzeichnende:

Ueli Bayer
Ralph Hofer
Jörg Dätwyler

Erich Burri
Esther Wyss-Tödtli

Martin Romer
Markus Erni

Philipp Müller
Werner Lips

Begründung:

Werner Hogg (FDP) erklärt, dass die Grafik über die Ausgaben der Stadt bekannt ist. Die Säulen, welche den Aufwand der Sozialabteilung kennzeichnen, sehen schlimm aus. Man kann wohl sagen, dass es der Stadt Dietikon glänzend gehen würde, wenn wir die riesigen Sozialkosten nicht tragen müssten. Im Voranschlag 2011 erhöht sich der Aufwandüberschuss gegenüber dem Vorjahr um 4.8

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Mio. Franken. Die Sozialabteilung beansprucht bereits 39 % aller Bruttoausgaben der Stadt. Bund und Kanton verschieben ausserdem immer mehr Ausgaben an die Gemeinden. Wegen diesen Aufwendungen haben wir die maximale Steuerbelastung im Kanton. Dietikon wird mit Steuerkraftausgleich und Steuerfussausgleich unterstützt. Trotzdem sind wir in unseren finanziellen Möglichkeiten eingeschränkt. Weil wir uns nur das leisten können, was wirklich notwendig ist, ist die Weiterentwicklung unserer Stadt gefährdet.

Unter diesen Voraussetzungen muss sichergestellt sein, dass unsere Sozialabteilung optimal funktioniert und dass kein Franken zu viel ausgegeben wird, weder aufgrund von organisatorischen Mängeln, noch wegen falscher Auslegung von bestehenden Vorgaben und Richtlinien. Deshalb verlangt das Postulat die Überprüfung der Sozialabteilung. Ein kostenintensiver Bereich sind sicherlich die Gesetzliche Wirtschaftliche Hilfe und die Zusatzleistungen zur AHV/IV. Der Bericht zur Analyse soll aufzeigen, wo Verbesserungspotenzial in Bezug auf Prozesse und Organisation vorhanden ist und welche Standards vorgegeben werden müssen, damit die Höhe der Auszahlungen minimiert werden kann.

Diskussion:

Sozialvorstand Johannes Felber weiss, dass es unüblich ist, in diesem Moment das Wort zu ergreifen. Die Sozialabteilung ist sich bewusst, dass sie aufgrund der hohen Kosten einem Informationsbedürfnis ausgesetzt ist. Es scheint, dass die Abteilung mit einem ständigen Misstrauen zu kämpfen hat. Fehlendes Vertrauen rechtfertigt offenbar schon eine Überprüfung der Verhältnisse, ausserhalb der ordentlichen Prüfungen. Was muss der Stadtrat auslösen, wenn man die Untersuchung führen will? Sie kostet relativ viel Geld. Ziel soll es sein, neue Erkenntnisse zu finden, die zu Einsparungen führen.

Arbeitet die Sozialabteilung auf dem Stand der Technik? Das ist schwer zu sagen. Hat es hier noch Sparpotenzial. Der Stadtrat hat verschiedene Möglichkeiten, Prüfungen – intern, extern, durch den Kanton – vorzunehmen. Die gesamte Sozialabteilung wurde vor nicht langer Zeit völlig umgestellt. Wenn man 10 Prozent der Fälle untersuchen will, muss man ca. mit Fr. 40'000.00 rechnen. Nach 2004 wurde z. B. das Intake, der Rechtsdienst oder der Sozialinspektor eingeführt. Alles ist transparent. 2011 wurden zwei Studien durchgeführt. Die Erkenntnisse zeigen nicht, dass grosse Leichen im Keller zu finden sind. Bevor eine Person nicht in Dietikon wohnt, kann sie hier keine Sozialhilfe beziehen – es gibt dazu nur vereinzelte Ausnahmen. Es bleibt offen, ob tatsächlich grössere Erkenntnisse erwartet werden können, wenn die Stadt Dietikon selber auch noch eine Studie veranlasst. Der Aufwand lohnt sich nur, wenn das Vertrauen in die Arbeit der Abteilung gestärkt werden kann.

Der Stadtrat hat sich in früheren Jahren schon mit den aufgeworfenen Fragestellungen befasst. Bisher war man der Meinung, dass sich die durch weitere Abklärungen zu gewinnenden Erkenntnisse im Verhältnis zu den hohen Kosten von ca. Fr. 70'000.00 bis 100'000.00 nicht lohnen. Leider sind die letzten Studien der RPK nicht vorgelegt worden.

Die Ausgaben der Zusatzleistungen sind anders zu betrachten. Sie basieren auf eigenen Rechtsgrundlagen. Hier ist man einem sehr engen Rahmen ausgesetzt. Man ist in Zürich bei der AHV-Stelle angeschlossen. Es gelten die gleichen Regeln für Alle. Auch hier würde eine zusätzliche Studie nur Sinn machen, wenn man hohe Einsparungen erwarten könnte. Die Stelle der Zusatzleistungen unterliegt jährlichen, kantonalen Kontrollen. Wenn man das Postulat entgegen nehmen will, muss man sich bewusst sein, was es kostet.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Anton Kiwic (SP) meint, dass nach diesem Votum schon alles klar ist. Die SP stellt den Antrag, das Postulat nicht zu überweisen. Der Postulatstext verlangt eine externe Prüfung der Sozialabteilung. Viele Leute finden spontan, dass das eine gute Sache sei. Wahrscheinlich ist der Postulant bei der Äusserung seiner Idee auf offene Ohren gestossen. Politik, die sich nur auf dieser Ebene bewegt, hat einen Namen: Populismus. Anton Kiwic hat sich gefragt, ob es gute Gründe gibt, eine solche Prüfung zu verlangen. Könnte die Höhe der Ausgaben der Grund für eine solche Prüfung sein? Vermutlich liegt der Grund beim massiven Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Die Ausgaben sind um ca. 4 Mio. Franken gewachsen.

Um ein Postulat zu überweisen, sollten die positiven Resultate letztlich überwiegen. Solche positiven Aspekte könnten sein: Erkenntnisse darüber, ob die Mitarbeitenden der Abteilung nach klaren Führungsprinzipien arbeiten, die Abläufe sauber dokumentiert sind und die Kontrolle ausgeübt wird, sich die Abteilung ungesetzlich verhält und Richtlinien missachtet, die Mitarbeitenden den Ermessensspielraum zum Wohl oder zum Schaden von Dietikon einsetzen und ob Dietikon das Sozialhilfebezüger-Paradies der Schweiz ist und bleibt. Um das herauszufinden, muss man aber ca. Fr. 50'000.00 bis Fr. 100'000.00 ausgeben, die Abteilung belasten, und man verdächtigt den Vorsteher der Abteilung, seine Führungsarbeit nicht richtig wahrzunehmen, die Mitarbeitenden stellt man unter Generalverdacht, stellt dem Stadtrat ein Misstrauensvotum aus, bezichtigt die RPK der Unfähigkeit und meint, der Gemeinderat könne die Verantwortung letztlich auch nicht tragen. Wenn man generell denken würde, müsste man den Hebel bei der Bildung ansetzen. Dort ist die Abweichung sechs Mal höher. Mit solch populistischen Vorstössen versucht die Rechte davon abzulenken, dass sie dafür verantwortlich ist, dass die Sozialkosten scheinbar unaufhaltsam steigen, indem ihre Firmen weniger gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, die Mitarbeiter bei ökonomischen Schwierigkeiten zuerst an die Arbeitslosenkasse abgeben und sich für die kontinuierliche Verschärfung des Arbeitslosengesetzes einsetzte. Die Sozialabteilung in Dietikon gehört weitherum zu den Besten. Die SP ist gegen das Postulat.

Christiane Ilg (EVP) meint, dass die EVP-Fraktion den Antrag der SP-Fraktion unterstützt. Die Sozialabteilung arbeitet gut. Sie übt über ihre Kunden genügend Kontrolle aus und hinterfragt in genügendem Umfang. Sicher darf man kritisch nachfragen. Eine externe Fachstelle beauftragen, kostet aber viel Geld. Man könnte damit eine Familie ein Jahr lang unterstützen.

Max Wiederkehr (CVP) stellt fest, dass die Begründungen von Anton Kiwic nur unterstützt werden können. Am letzten Dienstag wurde man in der RPK von der Leiterin der Sozialabteilung kompetent informiert. Die Sozialabteilung wurde genau geprüft. Die Prüfungen erfolgen auch durch den Kanton und weitere Instanzen. Für Prüfungen wurden rund Fr. 45'000.00 in Rechnung gestellt. Weitere Kontrollen können nur durch weitere teure Experten erfolgen. Viel Arbeitskapazität würde durch die Kontrolle der Kontrolle benötigt. Die Schule weist eine Budgetüberschreitung von 1.2 Mio. Franken auf. Der Schulbereich ist aber wesentlich einfacher zu budgetieren. Man wird das Gefühl nicht los, dass dort nicht budgetierte Ausgaben einfach getätigt werden. Bei der Sozialabteilung ist alles genau vorgegeben.

Markus Erni (SVP) stellt fest, dass offenbar wieder einmal die "Rechten" schuld sind; an zu viel Verkehr, zu viel Stromverbrauch und jetzt auch noch an zu hohen Sozialausgaben. Der Vorstoss will erreichen, dass man hinter die Zahlen sehen kann und sie erläutert bekommt. Man will nicht alles nur im stillen Kämmerlein prüfen und abhandeln. Verschiedentlich wird verlangt, dass man Aussagen und Ergebnisse hinterfragen und prüfen muss. Es ist richtig, dass man prüft, ob es wirklich nicht möglich ist, z. B. Personen, die noch nicht in Dietikon wohnen, Sozialhilfe zu verweigern. Man will klare Fakten, die auch gegen aussen kommuniziert werden können. Die Bedürftigen sollen unterstützt werden, aber nicht mit mehr Mitteln, als nötig ist.

Samuel Spahn (Grüne) stellt fest, dass der Stadtrat das Postulat eigentlich übernehmen will. Das heisst wohl, dass er sicher nichts zu verbergen hat. Stadtrat Felber hat überzeugend dargelegt, dass im Sozialbereich schon sehr viel kontrolliert wird. Nicht nur die einzelnen Dossiers, sondern auch die

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Arbeit der Amtsträger wird überprüft. Die Sozialausgaben sind weitgehend gesetzlich vorgegeben. Es gibt ganz wenig Spielraum. Es macht nach den wiederholten Kontrollen wenig Sinn, noch eine zusätzliche Prüfung durchzuführen. Die Frage von Samuel Spahn während der Fragestunde zu den Arbeitslosenzahlen hat genau mit der vorliegenden Thematik zu tun. Dass nächstes Jahr wieder mehr Ausgaben zu erwarten sind, hat damit zu tun, dass wieder mehr Menschen aus der Arbeitslosenversicherung fallen werden. Man hat wieder einmal das Sozialamt im Visier, meint aber jemand anderen. Die Kasse im Sozialamt wird nicht voller. Die Untersuchung wird nicht jene treffen, die Hilfe unberechtigt beziehen. Samuel Spahn bedauert ausserordentlich, dass die Entsolidarisierung auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird.

Martin Romer (FDP) hat das Postulat mitunterzeichnet. Er stellt klar, dass es nicht darum geht, Mitarbeitende des Sozialamtes oder Hilfebezüger schlecht zu machen. Man ist nicht auf Verbrechenssuche. Es stört aber vor allem, dass im Gemeinderat immer wieder Diskussionen zum Thema Sozialhilfe stattfinden. Anton Kiwic hat in seinem Votum die Leute angefeindet. Diese Haltung ist politisch weiter rechts, als das Postulat selber.

Ernst Joss (AL) fragt sich, warum der Stadtrat das Postulat entgegen nehmen will. Aus Beratungen in den RPK und der GPK weiss man, wie umfassend über die Tätigkeiten der Sozialabteilung orientiert wird und wie gut überlegt wird, ob die Ausgaben im Einzelnen wirklich nötig sind. Man sagt, dass die Bevölkerung ein grosses Misstrauen habe. Es ist stets die Frage, wie man auf solche Äusserungen reagiert. Ein Teil der Sozialausgaben basiert auf übergeordneten Gesetzen. Der Sozialvorstand sagt, dass weitere Abklärungen mit erheblichen Kosten verbunden sind. Man glaubt aber dennoch nicht daran, dass dann die Diskussionen um die Sozialabteilung aufhören werden. Der Handlungsspielraum des Amtes ist nicht unbeschränkt. Es gibt die SKOS-Richtlinien, die eingehalten werden müssen. Die Frage nach der Attraktivität der Stadt ist nicht nötig. Menschen mit niedrigeren Einkommen bleiben tendenziell in der Stadt. Es ist eine Illusion, wenn man glaubt, dass man die Bevölkerung in Dietikon austauschen kann. Am meisten verbessern kann man die Situation, wenn man die arbeitslosen Personen in den Arbeitsprozess eingliedern kann.

Werner Hogg (FDP) stellt fest, dass Martin Romer schon erwähnt hat, weshalb das Postulat eingereicht wurde. Der Sozialvorstand könnte beweisen, dass er alles richtig macht. Er steht der Abteilung schon seit 10 Jahren vor. Man sollte eigentlich froh sein, um neuen Input von aussen. Das Postulat hatte offenbar schon Wirkung. Man hat über Abläufe in der RPK bereits gesprochen. Man soll nicht etwas untersuchen, das man nicht ändern kann. Eine Hauptmotivation ist die ernsthafte Sorge um die Finanzen der Stadt. Wenn dereinst noch viel mehr Mittel in die Sozialhilfe fliessen, kann man kaum mehr etwas für andere Bereiche ausgeben. Dass auch der Schulbereich untersucht werden könnte, ist eine gute Idee und muss aufgegriffen werden.

Roger Bachmann (SVP) stellt einen Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion.

Lucas Neff (Grüne) meldet sich noch zu Wort, wird aber vom Ratspräsidenten mehrfach dazu ermahnt, nichts mehr zu äussern, weil nun die Abstimmung über den Abbruch der Diskussion ansteht. Lucas Neff stellt sich auf den Standpunkt, dass er sein Votum noch angemeldet hatte und deshalb sich zur Sache noch äussern dürfe.

Nach den kurzen Äusserungen von Lucas Neff erübrigt sich die Abstimmung über den Abbruch der Diskussion, weil sich keine weiteren Gemeinderatsmitglieder zu Wort gemeldet hatten.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst mit 24 : 10 Stimmen:

Das Postulat von Werner Hogg betreffend Analyse Sozialabteilung wird nicht überwiesen.

15. Sitzung vom 19. Mai 2011

Rechtsmittel:

Gegen diesen Beschluss kann nach § 151 Gemeindegesetz i.V.m. § 19 ff. Verwaltungsrechtspflegegesetz innert 30 Tagen seit amtlicher Publikation schriftlich und begründet Beschwerde beim Bezirksrat Dietikon eingereicht werden.

Mitteilung an:

- Werner Hogg, Rüterstr. 29, 8953 Dietikon;
- Stadtrat.

GV4.321.7. Reden, Ansprachen, Erklärungen

Verabschiedung André Arnet

Der *Ratspräsident* teilt mit, dass André Arnet letztmals hier im Rat ist. Im Juli 2007 hat er das Amt übernommen. In seiner persönlichen Vorstellung damals hat man erfahren können, dass er ein Weihnachtskind ist, weil er am Weihnachtstag geboren wurde. André Arnet hat eine interessante berufliche Karriere gemacht und auch in unterschiedlichen Branchen gearbeitet. Daneben hat er auch Schritt um Schritt eine politische Karriere aufgebaut. Unter anderem hat er auch das CVP-Präsidium übernommen. Kollegen und Parteifreunde schätzen an ihm, dass man sich auf ihn verlassen kann. Er beeindruckt auch durch sein ruhiges, aber bestimmtes Auftreten. André Arnet ist ausserdem Hobbykoch. Der Ratspräsident wünscht ihm für die weitere politische und private Zukunft alles Gute.

André Arnet (CVP) dankt für die netten Worte. Er verlässt die Stadt Dietikon, was der Grund ist für das Ausscheiden aus dem Gemeinderat. Er dankt allen für die weitgehend nette und anständige Zusammenarbeit. Die Beratungen in der RPK waren manchmal sachlicher als im Gemeinderat. Allen Gemeinderatsmitgliedern wünscht er alles Gute.

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

Die Richtigkeit des Protokolls bezeugen:

René Stucki
Präsident

Daniel Müller
Sekretär

Adrian Larcher
Stimmzähler

Philipp Müller
Stimmzähler

Irene Wiederkehr
Stimmzählerin